

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 29 (2009)
Heft: 57

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Katharina Hajek / Katherina Kinzel

Staat und Geschlecht

Die feministische Auseinandersetzung mit dem Staat ist noch relativ jung. So sieht sich etwa die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown noch zu Beginn der 1990er Jahre unter dem programmatischen Titel „Finding the Man in the State“ (Feminist Studies, Vol. 18/1, 1992) in der Lage, das Fehlen einer feministischen Staatstheorie zu beklagen. Doch seitdem hat sich viel getan, wie Gundula Ludwig, Birgit Sauer und Stefanie Wöhl in der Einleitung des von ihnen herausgegebenen Bandes *„Staat und Geschlecht“* darlegen. Ab den 1990er Jahren setzten sich Feministinnen mit der Frage auseinander, wie Geschlechterverhältnisse als konstitutive Elemente des modernen Staates begriffen werden können und legten dies in einer Fülle empirischer Analysen verschiedenster Politikbereiche dar. Der Staat avancierte somit in der feministischen Theorie vom noch etwas holzschnittartigen „ideellen Gesamtpatriarchen“ über eine Unzahl von Debatten und ländervergleichender Studien zum vielschichtigen Erkenntnisgegenstand – wenn auch immer aus kritischer Distanz betrachtet.

Als jüngste Entwicklungen in diesem Bereich können etwa Überlegungen im Anschluss an neo-marxistische Staatstheorien gesehen werden, die den Staat als soziales Verhältnis und Verdichtung von Geschlechterverhältnissen betrachten, oder aber auch post-strukturalistische Arbeiten, die auf die staatliche Herausbildung vergeschlechtlichter Subjektivitäten abzielen. Beide Ansätze ziehen sich demnach auch

durch weite Teile des vorliegenden Bandes.

Am Anfang des ersten Teils, der den Grundlagen feministischer Staatskritik gewidmet ist, steht Gabriele Wildes Auseinandersetzung mit den Thesen Carole Patemans. Diese argumentiert, dass liberale Vertragstheorien nicht nur moderner politischer Herrschaft ihre Legitimität verleihen, sondern auch die Trennung von Staat und Familie und damit den Ausschluss von Frauen aus der öffentlichen Sphäre implizieren: Die in der Vorstellung eines von autonomen, freien und gleichen Individuen eingegangenen Gesellschaftsvertrages verdrängte Geschlechterdifferenz, gerate zu dieser in Widerspruch. Dieser Widerspruch wird im Ehevertrag und durch die Abspaltung der Familie als Ort natürlicher Bedürfnisse bearbeitet.

Patriarchale Herrschaft wird so als Ergebnis einer an formalen Rechten und Vertragsverhältnissen orientierten Gesellschaftskonzeption interpretierbar. Für Wilde scheint dabei weniger die unterstellte Autonomie der Vertragssubjekte als die Annahme ihrer (formalen) Gleichheit problematisch. So plädiert sie mit Chantal Mouffe für ein neues Modell von StaatsbürgerInnenschaft, dass nicht von formalrechtlicher Gleichheit, sondern von pluralen Identitäten ausgeht und damit auch die geschlechtliche Differenz zur Grundlage neuer Formen politischer Identität macht.

Elisabeth Holzleitner arbeitet in einer differenzierten und die Betroffenen als Akteure ernstnehmenden Ana-

lyse die Widersprüche heraus, welche der Einsatz des Rechts für die Emanzipation Benachteiligter birgt: Sie zeigt, dass rechtliche Normen zur Kompensation von Diskriminierung oft an bestehende Zugehörigkeiten (und Zuschreibungen) anknüpfen, weshalb sie die Festschreibung von Rollenerwartungen verstärken. Auch erzeugt der Gebrauch von Rechten die paradoxe Situation, einen Opferstatus annehmen zu müssen, um diesen zu überwinden. Trotz der dem Recht innewohnenden Ambivalenzen, spricht sich Holzleitner dafür aus, das Recht als emanzipatorisches Mittel zu nutzen, wobei dies auch bedeutet, die Bedingungen für eine möglichst gute Umsetzung zu schaffen und durch die institutionelle Unterstützung Betroffener Hürden in der Anwendung zu beseitigen.

Birgit Sauer geht im darauffolgenden Aufsatz der Frage nach, wie sich der Umbau des Sozialstaates auf geschlechtsspezifisch institutionalisierte Gewaltverhältnisse auswirkt. Unter Verwendung eines geschlechtssensiblen Gewaltbegriffs, der Formen struktureller Gewalt, welche systematisch die Verletzbarkeit von Frauen produzieren, erfasst, arbeitet sie die geschlechtsspezifische Struktur neoliberaler sozialer Entsicherung heraus. Sie argumentiert, dass die Privatisierung sozialer Risiken eine Entvergesellschaftung und Dethematisierung von Fürsorgearbeiten bedeutet, die weitgehend als unbezahlte Frauenarbeit verrichtet werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse wirken sich als Abhängigkeitsverhältnisse aus, was wiederum zu einer Perpetuierung personalisierter Gewalt führt.

Der Abbau sozialer Sicherungssysteme ist zugleich von Diskursen der Kulturalisierung von Gewalt und der inneren Sicherheit begleitet. Sicherheit wird nicht mehr als Zugang zu ökonomischen, sozialen und symbolischen

Ressourcen gefasst, sondern stellt ein militärisches Konzept der Verteidigung dar. In diesem Rahmen wird der Schutz von Frauen nicht als Empowerment, sondern als kontrollierend-polizeilicher Eingriff definiert. Sauers Darstellung zeigt deutlich, dass die im Wohlfahrtsstaat nie aufgehobenen Formen struktureller Gewalt in neoliberalen Umstrukturierungsprozessen neu organisiert werden und so in den Lebensalltag von Frauen zurückkehren.

Die feministische staatstheoretische Diskussion der letzten 40 Jahre zeichnen Eva Kreisky und Marion Löffler nach. Ging es zunächst vor allem darum, in welcher Form der Staat zur Unterdrückung von Frauen beiträgt und um das Verhältnis von kapitalistischer Ausbeutung und Patriarchat, so veränderte sich seit Beginn der 90er die Perspektive auf Staat und Geschlecht. Es sind nun die Dimensionen maskulinistischer Staatlichkeit, die Fragen, inwiefern staatliche Institutionen und Praktiken geschlechtsselektiv und auf Basis vergeschlechtlichter Normen arbeiten, sowie die Produktion vergeschlechtlichter Subjekte, die thematisiert werden. Kreisky und Löffler selbst arbeiten mit einem reformulierten Männerbundbegriff, um Maskulinismus als Organisationsform des Staates fassen zu können. Die zunehmende Infragestellung des Nationalstaates als dominante Politikform wirft für feministische Staatstheorien die Frage nach Transformationen der maskulinistischen Bauweise des Staates auf.

Wie die Rolle des Staates bei der vergeschlechtlichten Subjektkonstitution theoretisch zu fassen ist, wird von Gundula Ludwig näher ausgeführt. Sie führt Gramscis hegemonie- und Foucaults gouvernementalitätstheoretische Perspektive zusammen, um herauszuarbeiten, wie der moderne Staat kulturelle und moralische Führung über die

Denk- und Lebensweisen der Individuen ausübt und so bestimmte Formen von Subjektivität initiiert.

Mit Butler zeigt sie, dass die Norm Geschlecht, welche vergeschlechtlichte Körper und Identitäten innerhalb einer heteronormativen Logik hervorbringt, den Kern moderner intelligibler Subjektivität bildet. Die die Norm Geschlecht zitierenden Praxen sind dabei nicht als vorstaatlich zu denken, sondern über den Staat vermittelt. Ludwig geht von einem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis von staatlicher Macht und vergeschlechtlichter Subjektkonstitution aus und macht plausibel, warum Analysen gegenwärtiger Transformationsprozesse von Staat und Gesellschaft Veränderungen dieses Wechselverhältnisses mit einbeziehen müssen.

Den Abschluss des Theorieteils des Buches bildet ein weiterer Artikel von Birgit Sauer, in dem sie Reflexionen auf Zusammenhang von Staat und Demokratie aus Geschlechterperspektive anstellt und vor dem Hintergrund einer materialistischen Staatskonzeption, welche den Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnissen erfasst, das transformatorische Potential von Governance evaluiert. Governance verspricht nicht-hierarchische, partizipative Politikformen und Demokratisierung durch die Einbindung nicht-staatlicher Akteure.

Sauer stellt jedoch heraus, dass Governance-Strukturen auch die Gefahr einer Schließung politischer Entscheidungsräume bergen. Insofern die Informalisierung von Politik auch den Verlust demokratischer Kontrollmöglichkeiten bedeutet, befördert sie mitunter eine Remaskulinisierung des politischen und administrativen Entscheidungsraumes. Darüber hinaus lässt sich die Einbindung von NGOs auch als auf Kooptierung abzielende

Technologie der Macht dechiffrieren. Sauer verortet Governance im Kontext der neoliberalen Gouvernamentalisierung des Staates, welche den Individuen leistungsbereite Selbstentwürfe abfordert und erfasst sie als neue Form der Artikulation sozialer Machtverhältnisse. Damit Governance zu einer Arena geschlechterdemokratischer Praxis werden kann, müssen ihr zufolge geschlechtergerechte Formen von Partizipation und Repräsentation sowie der Zugang zu Ressourcen in die Kompromissbildungsprozesse eingeschrieben werden.

Der zweite Teil des Bandes stellt aktuelle Probleme und Herausforderungen feministischer Staatstheorie in den Vordergrund. So problematisiert Gülay Çağlar in ihrem Beitrag die fehlende staatstheoretische Reflexion feministischer Analysen der internationalen Ökonomie sowie des bereits oben erwähnten Konzeptes von Global Governance. Widmeten sich diese ab den 1980er Jahren vor allem den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen, wurde infolge auf die Formulierung eigener, explizit geschlechtersensibler Wirtschaftstheorien und -modelle fokussiert.

So erlangte beispielsweise der Ansatz des *gender budgeting*, die geschlechterkritische Reflexion und Reformulierung finanzpolitischer Entscheidungen, ein hohes Maß an Popularität. Dieser zeichnet sich jedoch durch das (staatstheoretische) Paradox aus, dass an eben jenen Staat progressive Forderungen gerichtet werden, der die Umsetzung neoliberaler Restrukturierungspolitiken garantiert. Çağlar plädiert demgegenüber, wie bereits Birgit Sauer, dafür, internationale politische Institutionen als Terrains sozialer Auseinandersetzungen zu begreifen.

Dies bedingt in Konsequenz auch die Problematisierung geschlechterpolitischer Teilerfolge als Prozesse einer hegemonialen Einbindung.

Aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive betrachtet Stefanie Wöhl den Prozess der europäischen Integration. Sie legt dar, wie sich bereits ab den 1980er Jahren die Entwicklung der Europäischen Union zum Wettbewerbsregime abzeichnete, in dessen Kontext auch das Programm und die Umsetzung von *gender mainstreaming* gesehen werden muss. Am Beispiel der Europäischen Beschäftigungsstrategie legt sie dar, wie dieses nicht nur im Rahmen nationaler Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken, sondern auch auf supranationaler Ebene hegemonial in den Wettbewerbsdiskurs integriert wurde und sich in ein arbeitsmarktpolitisches Workfare-Regime einfügte. Dieses strategisch-selektive Aufgreifen im Grunde feministischer Forderungen zieht jedoch wiederum die Nicht-Beachtung der unbezahlten Reproduktionsarbeit sowie der prekären Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt nach sich. Geschlechterpolitische Kritik muss sich somit gegen die Vereinnahmung progressiver Diskurse und das Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit richten, um soziale Gleichheit anstreben zu können.

Sabine Lang setzt sich in ihrem Beitrag mit der zunehmend transnationalen Orientierung der Frauenbewegung auseinander, die im Kontext des Bedeutungsgewinns supranationaler Institutionen und Vertragswerke sowohl eine Veränderung der Struktur als auch des Aktionsrepertoires erleben. Diese lassen sich zum Ersten anhand einer *NGOisierung* charakterisieren, die eine Formalisierung der Organisationsstrukturen aber auch die Bildung vielfältigster transnationaler Koalitionen nach sich zieht.

Zum Zweiten kann eine *Institutionalisierung* in Form von hoch-professionalisierten Lobbying-Gruppen und Frauennetzwerken beobachtet werden, die sich direkt im Rahmen zivilgesellschaftlicher Beteiligungsverfahren, etwa auf EU-Ebene, einbringen. Schließlich hängt damit eine zunehmende Fokussierung auf professionelle Kommunikationsstrategien und Kampagnen zusammen, die oft zulasten von solidarischen öffentlichen Aktionsformen gehen. Resümierend hält Lang jedoch fest, dass diese Tendenzen auch die Chance für eine produktive Arbeitsteilung zwischen professionalisierten NGOs und bewegungsorientierten Akteurinnen birgt.

Der Beitrag von Alexandra Scheele ist im weiten Feld der feministischen Wohlfahrtsstaatenforschung zu verorten, die seit ihrer Etablierung in den 1980er Jahren sozialstaatliche Politiken auf ihre Rolle in der Aufrechterhaltung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung analysiert und ihre Ausrichtung auf (männliche) Lohnarbeitsverhältnisse sowie die systematische Entnennung privatisierter (weiblicher) Reproduktionsarbeit kritisiert.

Am Beispiel gegenwärtiger Transformationen der Familien- und Arbeitsmarktpolitik in Großbritannien und Deutschland zeigt Scheele nun neue Herausforderungen für die feministische Kritik wohlfahrtsstaatlicher Systeme auf. So wurden zwar in beiden Ländern mit der Individualisierung sozialer Sicherung, die Frauen nun nicht mehr allein in ihrer Rolle als Mutter, Tochter oder Ehefrau anspricht, sowie mit der teilweisen (finanziellen) Anerkennung von Pflegearbeit und dem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung genuin feministische Forderungen erfüllt.

Jedoch bleibt der Dreh- und Angelpunkt dieser Politik immer auch die verstärkte Integration von Frauen in den

Arbeitsmarkt, wobei der vergeschlechtlichte Charakter des Arbeitsmarktes sowie die zunehmende Prekarisierung (nicht nur) feminisierter Arbeitsverhältnisse nicht berücksichtigt werden. Feministische Kritik muss daher nicht nur weitere soziale Ungleichheitsverhältnisse entlang von Klasse oder Ethnizität einbeziehen, sondern ebenso eine Konzeption von Geschlechtergerechtigkeit erarbeiten, die über die Herstellung von Chancengleichheit hinausgeht und sich generell gegen die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche stellt.

In der Analyse staatlicher Regulierung von Reproduktionspolitiken sowie ihre Verbindung zu Hierarchisierungen entlang von Eugenik, Rassismus und sozialer Klassifikation legt Susanne Schultz dar, wie die – historisch von Feministinnen stark kritisierte – individualisierende Perspektive auf Fortpflanzungspolitik nicht nur über die Entpolitisierung dieser vonstatten geht, sondern auch von einem isolierenden Fokus auf Geschlechterverhältnisse mitgetragen wird.

Durch eine gekonnte Zusammenführung materialistischer und poststrukturalistischer Staatstheorien zeigt sie am Beispiel der gesetzlichen Regelung der Pränataldiagnostik in Deutschland auf, wie dieses aus der strategisch-selektiven Bevorzugung von Frauenbewegungen (aber auch konservativen Kräften) gegenüber anti-eugenischen Positionen resultiert und nun vorrangig über die Perspektive der individuellen Entscheidungsfreiheit schwangerer Frauen diskutiert wird. Diese – so die Autorin mit Verweis auf Sterilisationsprogramme im globalen Süden – gilt es in Verbindung mit der biopolitischen Makroebene zu problematisieren, um auch andere marginalisierte SprecherInnenpositionen sichtbar zu machen.

Friederike Habermann widmet sich schließlich aus einer poststrukturali-

stischen, intersektionalen Perspektive dem Thema Staatlichkeit und vertritt die These, wonach Identitätskategorien immer das Ergebnis hegemonialer Bestrebungen sind und auch nur in Relation zueinander verstanden werden können. Sie argumentiert dies, indem sie die Entstehung moderner Subjektivität in den Kontext der herrschaftsförmigen Konstruktion biologischer Zweigeschlechtlichkeit und essentialistisch-binären Vorstellungen von „Weiß“ und „Schwarz“ setzt. In Anlehnung an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe fasst sie Politik als Artikulation von Identitäten und Interessen; Staatlichkeit kann somit als Hegemonialwerden und Verfestigung dieser Diskurse gefasst werden.

Resümierend kann festgehalten werden, dass dieser Band nicht nur eine gewichtige feministische Intervention in die staatstheoretische Diskussion ist, sondern die androzentrische Verfasstheit des Staates auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen und aus verschiedensten Perspektiven beleuchtet. Dabei schaffen es die Beiträge durchgängig, Geschlecht als soziale Strukturkategorie zu konzeptionalisieren, dabei jedoch stets herauszuarbeiten, dass „Frau-“ beziehungsweise „Mann-Sein“ das Resultat herrschaftsförmiger Konstruktionen ist, in deren Regulation der Staat eine zentrale Rolle einnimmt. Dass das Projekt feministischer Staatstheorie ein lebendiges und noch lange nicht abgeschlossenes ist, wird durch die Vielfalt an aktuellen Problemen, aber auch Feminismen, die in diesem Band versammelt sind, deutlich gemacht.

Gundula Ludwig/Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Nomos, Baden-Baden, 2009 (217 S., € 29.–)

Migration, Politik und Arbeit

Konferenzbericht

Vom 25. – 27. Juni 2009 fand in Trier und Dudelange/Luxemburg die 9. Internationale Konferenz zum Thema „*Migration, Politik und Arbeit*“ statt. Veranstalter wurde die Konferenz vom Institut für Regional- und Migrationsforschung IRM (Trier, Deutschland), Le Centre de Documentation sur les Migrations Humaines CDMH (Dudelange, Luxemburg) sowie dem Institut Integration und Partizipation der Hochschule für Soziale Arbeit Fachhochschule Nordwestschweiz (Olten, Schweiz).

Migration ist sowohl in historischer als auch in aktueller Perspektive eng mit (welt-)wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen und Prozessen der Arbeitsteilung verbunden. Entsprechend standen die Zusammenhänge von internationaler Migration, Politik und Arbeit im Zentrum der Auseinandersetzungen. In drei Plenarveranstaltungen, acht Workshops und einem Round Table wurden Fragen rund um die Entstehung und Regulierung von Arbeitsmigration in modernen Gesellschaften, zur Feminisierung von Migration und Arbeit vor dem Hintergrund globalisierter Arbeitsmärkte, zu Formen und Auswirkungen von Frauenarbeit in verschiedenen Weltregionen, zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Strukturen sowie zu Beziehungen zwischen globalem Arbeitsmarkt und Remigration diskutiert.

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch Klaus Jensen, Oberbürgermeister der Stadt Trier, referierten in der ersten Plenarveranstaltung Helma Lutz (Universität Frankfurt) zum Thema „*Migration, Feminisierung und Arbeit*“ sowie Ton van Naerssen (Universität Nijmegen, Niederlande) zu „*Migration and*

the Global Market for Labour“. Lutz erläuterte die Gründe für die zunehmende Feminisierung der Migration, die Sektoren feminisierter Arbeit und warf einen analytischen Blick auf Arbeit resp. Arbeitsbedingungen aus Geschlechterperspektive. Sie verdeutlichte dabei die steigende Nachfrage nach Migrantinnen (die meisten ohne Dokumente und unsichtbar) in der Haushaltsarbeit bzw. Care Work sowie im Gastronomie-Bereich, in der Sexarbeit bzw. Unterhaltungsindustrie.

Auch wenn das öffentliche Interesse an der Problematik der weiblichen Migration wächst, so ist die Datenlage unvollständig und die Erhebungsmotivation niedrig. Trotzdem lässt sich festhalten, dass jeder zehnte Haushalt in Europa bezahlte Hilfe beansprucht, migrantische Haushaltsarbeiterinnen in allen europäischen Ländern – auch in den sogenannten neuen Mitgliedstaaten – beschäftigt sind, die Migrationsmuster dem Schema „Ost nach West bzw. Süden nach Norden“ folgen, das hohe Bildungskapital der Akteurinnen nicht als solches anerkannt und genutzt wird, und Frauen ihr „Zuhause“ mit dem Ziel verlassen, dieses „Zuhause“ gleichzeitig finanziell mitzutragen.

Im ersten Workshop beleuchteten Caterina Rohde (Universität Bielefeld), Naciye Yildiz (Dicle University Diyarbakir, Türkei) sowie Alissa Tolstokorova (International School of Equal Opportunities, Kiew, Ukraine) anhand von empirischen Beispielen in den Themenbereichen „*Transnationalisierung von Lebensläufen am Beispiel russischer Au-pair Immigrantinnen in Deutschland*“, „*Kurdische Frauen als Saison-Wanderarbeiterinnen in der türkischen*

Landwirtschaft“ sowie „Feminizing Poverty – Gendering Migration: Social Exclusion of Female Youth in Ukraine“ konkrete Muster der internationalen Migration von Frauen aus verschiedenen Ländern.

Der zweite Workshop widmete sich dem Thema „Weltmarkt für Arbeitskraft“, in dem Patrik Taran (ILO, Genf) die Zusammenhänge von Migration, Globalisierung und internationaler Arbeitsmobilität darstellte und Norbert Cyrus (Hamburger Institut für Sozialforschung) diese Verhältnisse empirisch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsausbeutung im Menschenhandel illustrierte. Thomas Geisen (IRM und Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten) ging in seinem Referat auf die Transfersysteme der Arbeitskraft bzw. auf die Entstehung und Regulierung von Arbeitsmigration in modernen Gesellschaften ein. Diese Regulierung von Arbeitsmigration hat eine zentrale Bedeutung für die ökonomische Entwicklung moderner Gesellschaften.

So versuchen Nationalstaaten einerseits, strukturelle und sektorale Arbeitsmarktp Probleme über die Anwerbung und Zulassung von ArbeitsmigrantInnen auszugleichen. Andererseits sind es EinwanderInnen selbst, welche durch Migration eine Lösung für eigene individuelle und/oder familiäre Probleme im Privathaushalt suchen. In Anlehnung an Dirk Hoerder spricht Geisen von einem Ausgleichsprozess, wodurch zum Teil mittels konkurrierender Interessen versucht wird, individuellen und gesellschaftlichen Problemlagen durch die jeweiligen AkteurInnen auf der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene zu begegnen.

Demnach sind Arbeitskraft-Transfersysteme das Resultat von Verdichtungen und Systematisierungen der Handlungen von individuellen, institutionellen und staatlichen AkteurInnen.

Arbeitsmigration ist folglich als spezifische Form der Allokation von Arbeitskraft in modernen kapitalistischen Gesellschaften zu verstehen, welche von normierten nationalstaatlichen Vorstellungen über Sesshaftigkeit abweichen und in politische, soziale und ökonomische Herrschaftsdiskurse und -verhältnisse eingebunden sind. Diese werden durch den Nationalstaat sowie durch supranationale Akteure strukturiert und sind stets bürokratischen Regulierungssystemen aufgrund legalistischer Normierungen unterworfen.

An der zweiten Plenarveranstaltung thematisierte einerseits Bridget Anderson (Oxford University, UK) in ihrem Referat zu „Sex, Slaves and Citizens: the Anti-politics of Trafficking“ Verhältnisse der Arbeitspolitik am Beispiel der Opfer von Menschen- bzw. Frauenhandel. Sie postulierte, dass der Fokus der Auseinandersetzung mit Menschen- und Frauenhandel in erster Linie eine Analyse der Ausbeutung der Arbeitskraft von ArbeitsmigrantInnen vor dem Hintergrund des Zusammenspiels von Staat und Arbeitsmarkt erfordert. Andererseits verdeutlichte Dirk Hoerder (Arizona University, Tucson, USA) anhand eines historischen Vergleichs der Migration von transatlantischen ProletarierInnen mit der Migration aus dem indischen Ozean und China-Mandschurien die Konzepte der Transnationalisierung und Globalisierung.

Im Zentrum des dritten Workshops stand die Fortsetzung der Debatte rund um Frauenmigration nach den Beiträgen von Christina Gerken (Indiana University South Bend, USA) zu „Women Migrants: Incorporating Gender into Migrant Research“, von Ines Mateos (Abteilung Gleichstellung und Integration Basel-Stadt) zu „Arbeit im Schatten: Zum Verhältnis von bezahlter und illegaler Arbeit“ sowie von Agnieszka Satola (Universität Frankfurt) zu

„Wenn Oma eine Oma pflegt: Ältere polnische Migrantinnen in deutschen Haushalten“. Gerken betonte den Gender-Aspekt als bestimmenden Faktor der Migration sowie dessen Relevanz als Analysekategorie in der Erforschung von Migrationsprozessen. Mateos stellte die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie zur Diskussion, welche nach verfügbarer und insbesondere bezahlbarer Arbeitskraft in der Familien- und Reproduktionsarbeit verlangt. Diese Lücke wird zunehmend von illegalen Migrantinnen gedeckt, weil die Reproduktionsarbeit nicht intergeschlechtlich umverteilt wird, sondern aus einer historischen Perspektive betrachtet seit jeher nicht als ökonomische resp. bezahlte Tätigkeit wahrgenommen wird. Die Unsichtbarkeit der Reproduktionsarbeit verweist ihres Erachtens auf die fehlende strukturelle Regulierung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit im Kontext der Hausarbeit.

Satola präsentierte die Ergebnisse ihrer Untersuchung über ältere polnische Migrantinnen, welche in deutschen Haushalten arbeiten. Sie werden als „nicht ausgebildete“, billige Arbeitskräfte gesucht, die Familienarbeit verrichten, und trotz lediglich in Einzelfällen vorhandener formaler Qualifikation dennoch als Pflegefachkräfte beschäftigt. Sie setzen ihr Erwerbsleben in einem Alter fort, in dem nach herrschender Vorstellung von einem normalen Lebenslauf erwartet werden kann, dass sie in Ruhestand treten. Die am meisten bewegende Frage hierbei drehte sich um ihre Professionalität. In Anlehnung an aktuelle migrationssoziologische Untersuchungen zur Altenpflege im Zusammenhang von feminisierter Migration wurde dann darüber diskutiert, welche Komponenten der national-polnischen, katholischen post-sozialistischen Weltbilder als „biographische Ressourcen“ die Einstellung

zur Arbeit charakterisieren und das Arbeitsverständnis im westdeutschen Teil neu strukturieren.

Der vierte Workshop thematisierte die sozialstaatlichen Konfigurationen rund um Arbeit resp. Arbeitsbedingungen von Migrierenden, so beispielsweise das Referat von Barbara Madaj (University College London, UK). Sie untersuchte die regulierende Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der Migration von polnischen ÄrztInnen in Grossbritannien. Ueli Mäder (Universität Basel) referierte zur Problematik von eingewanderten Working poor, zu Auswegen aus der Abhängigkeit sowie Perspektiven, welche die berufliche und soziale Integration fördern. Eine halbe Million Personen leben in der Schweiz in sogenannten Working poor-Haushalten. MigrantInnen sind dabei überproportional vertreten und viele von ihnen sind auf ergänzende Unterstützung seitens der Sozialhilfe angewiesen. Ergebnisse aus neueren Studien, so Mäder, lassen eine Kumulation sozialer Konflikte feststellen, je länger die Abhängigkeit von der Sozialhilfe anhält. Anders als in früheren Studien lassen sich heute bei Working poor nicht mehr resignative Haltungen, sondern immer mehr Wut und Empörung feststellen. Und es stelle sich die Frage, welche Strategien der Anpassung und Widerständigkeit sich bei migrierten Working poor erkennen liessen.

Im fünften Workshop zum Thema „Erinnerungs(Kulturen)“ stand die kritische Betrachtung der kulturellen und musealen Repräsentation von Arbeit und Migration im Vordergrund. Zuden wurden Fragen rund um die Rückkehrmigration am Beispiel von rückkehrenden Migrierenden aus Nordirland nach Portugal und auf den Philippinen gestellt. An den Beispielen der „Galicien Migration for Work to Ostravian Industrial Region“ in der zweiten

Hälfte des 19. Jahrhunderts, der „Immigration and Integration in Urban China“, der „International Migration and the European Labour Market: The Case of the Region Saar-Lor-Lux“ wurden Einblicke in regionale Perspektiven der Arbeitsmigration vermittelt.

In der Round Table-Diskussion wurde die Rolle der Gewerkschaften in den neuen Migrationsbewegungen anhand einzelner Arbeitsfelder in Deutschland und Luxemburg erörtert.

Erwähnenswert bleibt die Ausstellung „Fornaciai – Ziegelbrenner“, welche im Rahmen einer europäischen Comenius-Schulpartnerschaft zwischen Schulklassen der Gymnasien „Caterina Percoto“ (Udine, Italien), „Hélène Boucher“ (Thionville, Frankreich) und „Athénée“ (Luxemburg)

entstanden ist. Sie rekonstruiert am Beispiel einer spezifischen MigrantInnengruppe – den ZieglerInnen aus dem norditalienischen Friaul –, wie das Migrationsgeschehen Europa grenzüberschreitend vernetzt hat. Sie stellt aber ebenso den Versuch dar, Migration als Thema im Schulunterricht und in Schulbüchern zu etablieren.

Den OrganisatorInnen ist eine ergiebige, vielseitige und theoretisch sowie empirisch fundierte Konferenz gelungen, welche durch ein adäquates Kulturprogramm und intensive informelle Diskussionen ergänzt wurde. Die Debatten rund um das Thema Migration werden an der 10. Konferenz des IRM an der Universität Basel vom 10. - 12. Juni 2010 mit dem Schwerpunkt „Migration und Familie“ fortgesetzt.

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten
inamo

Winter 2009

60

Neue arabische Literatur

Irak: Nada Yousif, **Jordanien:** Hisham al-Bustani; **Syrien:** Rosa Yassin Hassan, Dima Wannous, Abeer Esper; **Palästina:** Adania Shibli; **Ägypten:** Mansoura Ezz Eldin, Nermin Nizar, Khaled al-Khamissi; **Saudi-Arabien:** Siba al-Hares; **Bahrain:** Ali al-Jallawi; **Marokko:** Latifa Basir. **Porträts:** Christian Junge, Frauke Manninga, Douraid Rahhal, Barbara Winkler.

Frankreichs strahlendes Erbe in der Sahara (W. Ruf) • Obamas Nahostpolitik (I. Lübken) • Israel: Ultranationalistische Kriegsdienstverweigerer (S. Elam) • Afghanistan: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen (M. Baraki) • Libanon: Nahr al-Bared: Flüchtlingslager als Militärzone (R. Smith) • Es geht um antiislamischen Rassismus, nicht um Minarette (S. Schiffer). U. a.

✉ inamo e.V., Postfach 310727, 10637 Berlin, ☎ 030/86421845, @ redaktion@inamo.de, 5,50 €

Arbeitszeitverkürzung und Geschlechtergerechtigkeit

Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Über die Ausgangsfrage und die Lösungsperspektive waren sich die Frauen einig: Es braucht eine andere Arbeitsorganisation und eine neue Zeitpolitik, die die herkömmliche Trennung zwischen Arbeits- und Lebenszeit überwinden. Dieses Thema, das seit längerem schon zur Debatte steht (vgl. Literatur), wurde auf dem Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 20. und 21. November 2009 unter dem Slogan „Schluss mit dem Zeitdilemma! Vereinbarkeit jetzt!“ aufgegriffen. Es geht um die Neugestaltung der Arbeitszeit und die Anerkennung von gesellschaftlich notwendiger unbezahlter Arbeit. In einem Sechs-Punkte-Manifest wurden Forderungen verabschiedet (siehe eine Zusammenfassung am Schluss).

Die Gastrednerin Christina Klenner vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans Böckler Stiftung in Düsseldorf referierte über die Wechselwirkung von Arbeitszeitmodellen und Familienarbeit: „Die heutige Herausforderung heisst ‘geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle’, die Frauen und Männern genügend Zeit für Familie und die Pflege von Angehörigen einräumen.“ Für sie ist weiter klar, dass durch den massiven Ausbau der Teilzeitarbeit das politische Interesse an Arbeitszeitverkürzung für alle sinkt. Der „Parallelarbeitsmarkt“ mit individuellen und flexibilisierten Teilzeitverträgen sei für Frauen eine Falle. Dadurch wird ihnen Zeitsouveränität und Gewähr auf Existenzsicherung entzogen. Teilzeitarbeit zeichnet sich insbesondere aus durch tiefere Einkommen, schlechtere Lohnentwick-

lung, ungenügende sozialversicherungsrechtliche Abdeckung und bedeutet meistens Karriereverzicht.

Zudem kommen Teilzeit-Arbeitnehmerinnen viel weniger zu Weiterbildung, das inhaltliche Angebot ist häufig unattraktiv. Teilzeitarbeit ist ein Kapazitätspuffer und ist in der Regel anfällig für unplanbare Arbeitszeiten, was eine Vereinbarkeit zwischen Erwerbsarbeit und Familie besonders erschwert. Wie wir wissen, arbeiten in der Schweiz über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen (57 Prozent) Teilzeit (BFS 2008). Im europäischen Vergleich gehört die Quote der teilzeitarbeitenden Frauen in der Schweiz zu den höchsten (Quelle: UNECE Gender Statistics Database).

Als Zukunftsmodell plädiert Klenner für eine Arbeitszeitpolitik, die sich an unterschiedlichen Lebensphasen orientiert. Dazu ist ein Paradigmenwechsel erforderlich: ein Abschiednehmen vom „sorglosen Arbeiter“, der nicht in die Fürsorgearbeit eingebunden ist. Frau und Mann wären in gleichem Masse in die Erwerbsarbeit eingebunden und würden so in gleichem Masse die familiäre Verantwortung tragen können. Dafür haben sich Politik wie das betriebliche Management einzusetzen. Sie haben davon auszugehen, dass alle Beschäftigte grundsätzlich in den beiden Sphären gesellschaftlich notwendiger Arbeit eingebunden sein können: der bezahlten Erwerbsarbeit und in der familiären, unbezahlten Fürsorgearbeit. Kinder und Pflege gehören nun einmal zum Leben.

Leitbild muss sein: Recht auf Fürsorge, darauf, versorgt und gepflegt zu

werden. Seit Beginn der industriellen Revolution wurde der Teil der Fürsorge den Frauen zugewiesen, damit der männliche Lohnabhängige dem Arbeitsprozess voll zur Verfügung steht. Zum Paradigmenwechsel gehört auch, dass sich die Unternehmen gegenüber familialen Aufgaben öffnen und die Leistungen der Menschen, die Fürsorgeaufgaben übernommen haben, als gleichwertig anerkennen. Dies ist heute nicht der Fall.

Es geht darum, die Arbeitsorganisation beweglich zu gestalten und das „Dogma der Vollzeitkultur“ zu überwinden. Wenn dies teilweise in Betrieben immer noch als unveränderlich angesehen wird, heisst das nicht zuletzt, dass der Aufwand für arbeitsorganisatorische Veränderungen gescheut wird – obschon diese möglich sind. Es sei daran erinnert, dass Arbeitszeiten im Lauf der Geschichte immer wieder geändert worden sind.

Wie wir wissen, ist die Schweiz das Land der überlangen Wochenarbeitszeiten, mit Folgen, die unübersehbar sind: Das Familienleben beschränkt sich auf wenige Stunden am Abend und aufs Wochenende; die gesundheitlichen Belastungen sind infolge der überlangen Arbeitszeiten erheblich. Deshalb plädiert Klenner dafür, gegen die Kultur der langen Arbeitszeiten anzutreten. Diese hat nicht nur in angeordneten Arbeitszeitverlängerungen (Überstunden) ihre Ursache, sondern auch in einer Unternehmens-Kultur, in der die „Rundum-Verfügbarkeit“ für ein Leistungskriterium gehalten wird. Immer noch werden (über)lange Arbeitszeiten als Ausweis einerseits der Loyalität und andererseits eines Konkurrenzvorteils gewertet.

Also braucht es einen Leitbildwandel: Abschied von der Norm Mann als Alleinernährer hin zur Norm der Zweiverdienerfamilie. Teilzeit als alleinige

Lösung individualisiert das Problem und verhindert die Gleichstellung von Frauen. Für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Beruf sind kürzere Arbeitszeiten dringlich: Es geht zudem um ein Konzept für Arbeitszeiten, die sich geschlechtergerecht ausgestalten lassen.

Christiane Marty, Ingenieurin, Gewerkschafterin und Mitglied des Wissenschaftsrates von Attac aus Frankreich, die zweite Gastreferentin, vertritt ebenfalls die Ansicht, dass eine generelle Arbeitszeitverkürzung ein nützliches Instrument ist, um die gesellschaftliche Arbeit, die bezahlte wie die unbezahlte, besser zwischen Frauen und Männern zu verteilen. Sie erläutert dies am Beispiel der 35-Stunden-Woche in Frankreich: „Theoretisch hat sie eine vereinbarkeitsfreundliche und auch egalitäre Auswirkung, indem Frauen und Männer mehr soziale Zeit erhalten und gesamthaft hat sich auch die Lohnbilanz verbessert.“ Doch die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie für Frauen und Männer sei in Frankreich nicht optimal gelöst. Mit der Arbeitszeitverkürzung hätten Arbeitsdruck und Überstunden massiv zugenommen.

Dennoch ist die 35-Stunden-Woche in Frankreich für viele Arbeitnehmende eine Errungenschaft; Frauen, insbesondere für diejenigen mit Kindern, haben an Lebensqualität gewonnen. Sie können tatsächlich Erwerbsarbeit und Familie besser vereinbaren. Zentral bei einer generellen Arbeitszeitverkürzung sei auch, dass effektiv zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Es reicht nicht, die Arbeitszeit einerseits zu verkürzen, aber andererseits gleichzeitig am Leistungsziel einer 40-Stunden-Woche festzuhalten und die Arbeitenden unter noch stärkeren Arbeitsdruck zu setzen.

Marty plädierte zudem dafür, dass über die Gleichstellung hinaus eine

generelle Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit eine zentrale gewerkschaftliche Forderung sein sollte. Wir leben heute in einer Zeit, in der mehrere Krisen zusammenkommen: die Wirtschaftskrise, die ökologische Krise, die Krise der Erwerbsarbeit. Es gehe jetzt darum zu fragen, wie die Lohnarbeit gerecht verteilt werden kann, vor allem auch zwischen Frauen und Männern. Marty hält es für nötig, dass sich die Gewerkschaften stärker einsetzen müssen für die Weitergabe von Produktivitätsgewinnen, die der Arbeitszeitverkürzung dienen. Eine Alternative dazu gebe es nicht. Nur die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern garantiere menschenwürdige Lebensbedingungen für die Zukunft. Auch in der anschließenden Arbeitsgruppendifkussion war man sich einig, dass die Gewerkschaften die Politik der Arbeitszeitverkürzung vorantreiben müssen, um mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Dadurch wird auch Lebensqualität gefördert, die den ökologischen und den planetaren Gefahren Rechnung trägt.

Ein weiteres zentrales Thema des Kongresses betraf Verbesserungen der gesetzlichen Regulierungen, um die Umverteilung der unbezahlten Arbeit zu fördern, zum Beispiel mit Vaterschaftsurlaub und Elternzeit. In einem der vier Workshops stellte SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr das Modell für einen Elternurlaub vor: 12 Monate bei 80 Prozent des versicherten Lohnes mit Plafonierung, aufgeteilt in einen Drittel für die Mutter, einen Drittel für den Vater und einen Drittel, der frei wählbar ist. Die Kosten dafür betragen 3 Milliarden Franken.

Am Beispiel der Elternzeit in Deutschland zeigte Claudia Menne vom Deutschen Gewerkschaftsbund

auf, wie wichtig eine gute Ausgestaltung der Elternzeit ist. „Weil in Deutschland das Elterngeld nur 67 Prozent des Einkommens beträgt, beziehen 60 Prozent der Frauen weniger als 500 Euro im Monat; und der Hälfte der Frauen gelingt die Rückkehr in die Erwerbsarbeit trotz Arbeitsplatzgarantie nicht mehr“, stellte sie fest. Entscheidend für eine Elternzeit, welche die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit stütze, sei die Beteiligung der Väter. Für die EU-Länder wurde nun von den Sozialpartnern ein Rahmenvertrag ausgehandelt, der mindestens vier Wochen Elternzeit für Väter und Mütter vorsieht.

In den Diskussionen der vier Workshops wurde immer wieder deutlich, dass die Flexibilisierung der Arbeitszeit das Zeitdilemma von Müttern massiv verschärft hat. Stark zugenommen haben untypische Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Und bereits zeichnet sich ab, dass die Wirtschaftskrise den Druck auf die Frauenarbeitsplätze verstärkt. Skandalös sei, dass erstmals seit der Einführung des Gleichstellungsgesetzes die Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen wieder zunimmt. Gefordert wird von der Wirtschaft die unverzügliche Überprüfung und Anpassung der Löhne.

Am Rande des Kongresses fand auch ein Jubiläumsanlass statt: 50 Jahre Frauenkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Wie ein Rückblick zeigte, haben Gewerkschaftsfrauen immer wieder wichtige sozialpolitische Forderungen durchsetzen können, obwohl sie oft auf Ablehnung gestossen sind. Den Gewerkschaftsfrauen und der Frauenkommission ist zu wünschen, dass sie weiter mutig voranschreiten, so wie es ihre Vorgängerinnen getan haben.

- Imboden, Natalie, 2009: 1959-2009: 50 Jahre SGB-Frauenkommission: Am Anfang war die Lohnungleichheit. www.sgb.ch
- Klenner, Christina, 2009: Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit: geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle. Referat anlässlich des SGB-Frauenkongresses, 20. November 2009, Bern. Unveröff. Manuskript
- Marty, Chrsitiane, 2009: La réduction du temps de travail, sa légitimité du point de vue économique et en tant qu'outil pour l'égalité hommes-femmes. Referat anlässlich des SGB-Frauenkongresses, 20. November 2009, Bern. Unveröff. Manuskript
- Schilliger, Sarah, 2009: Who cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. In: Widerspruch Heft 56, Zürich Schweizerischer Gewerkschaftsbund: www.sgb.ch
- Torcasso, Rita, 2009: Schluss mit dem Zeitdilemma: Anerkennung der unbezahlten Arbeit! www.sgb.ch
- Wüthrich, Therese, 2008: Erwerbsarbeit und Familie. Schwierigkeiten mit der Geschlechterdemokratie. In: Widerspruch Heft 55, Zürich

Die wichtigsten Forderungen des Sechs-Punkte-Manifests

Arbeitszeit und prekäre Arbeit

Der SGB setzt sich für eine generelle Arbeitszeitverkürzung als krisen- und gleichstellungspolitische Massnahme ein; er entwickelt Arbeitszeitmodelle, welche die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit fördern.

Ein Teilzeitarbeitsgesetz soll geprüft und Arbeit auf Abruf verboten werden.

Gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Arbeit

Vor allem Familienarbeit, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen muss in den GAV anerkannt und bei den Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden.

Unbezahlte Arbeit muss in den Sozialversicherungen berücksichtigt werden analog dem Beispiel der Erziehungsgutschriften bei der AHV.

Gesetzliche Regelungen

Der Mutterschaftsurlaub ist auf achzehn Wochen zu verlängern und mit einem Vaterschaftsurlaub von acht Wochen zu ergänzen.

Die Garantie für denselben Arbeitsplatz nach dem Mutterschaftsurlaub ist gesetzlich zu verankern.

Für die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen soll ein Recht auf eine (vorübergehende) Reduktion der Arbeitszeit gelten sowie der Anspruch auf bezahlte Kurzabsenzen und Urlaub für Pflege.

Der SGB entwickelt ein Modell für einen Elternurlaub mit zwingender Beteiligung der Väter.

Kinderbetreuung und Pflege

In den kantonalen Gesetzen ist ein Rechtsanspruch auf einen familienexternen Betreuungsplatz zu verankern. Familienexterne Kinderbetreuung muss grundsätzlich kostenlos sein. Für den Ausbau wird ein Prozent des Bruttoinlandproduktes eingesetzt.

Die professionelle Kinderbetreuung und die Pflege müssen durch bessere Arbeitsbedingungen und Investitionen in die Infrastruktur aufgewertet werden.

Arbeitssoziologie und Kapitalismustheorie

Konferenzbericht

Spätestens seit Ausbruch der Krise im letzten Jahr ist es unübersehbar: „Der Kapitalismus“ ist zurück. Selbst in der meinungsführenden Presse zielt Marx immer wieder die Titelseiten. Doch scheint die Konjunktur des Kapitalismusbegriffs eher der diffusen Ahnung sozialer und ökologischer Risiken angesichts aktueller Krisen geschuldet zu sein als einem neuen Bewusstsein vom analytischen Wert der Kritik am Kapitalismus. Wie das theoretische Potential von Kapitalismusanalysen auch in die Arbeitssoziologie „wieder hereinzubringen“ ist, war die Ausgangsfrage der Jenaer Konferenz „Bringing Capitalism back in“, die am 7. und 8. Oktober 2009 vom neu gegründeten Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung (JenZiG) in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) und dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF) veranstaltet wurde. Bereits das mit über 170 Teilnehmenden unerwartet große Interesse hat die Relevanz des Konferenzthemas unterstrichen.

Die Herausforderungen an eine auch in der Gegenwart diagnosefähige kritische Kapitalismustheorie wurden schon im eröffnenden Plenum deutlich, in dem JenZiG-Initiator Klaus Dörre seine These der „neuen Landnahme“ zur Diskussion stellte. Seine Stabilität verdanke der Kapitalismus dem Mechanismus der Landnahme, durch den er sich – über die von Rosa Luxemburg vorausgesehene Kolonisierung des gesamten Globus hinaus – in einer ständigen Bewegung der subsumierenden Einnahme, Vernutzung und erneuten Preisgabe geografischer und sozialer ‘Ge-

biete’ stets aufs neue reproduziere. Kapitalistische Entwicklung folge demnach „nicht einfach der Logik von zunehmender Rationalität und Effizienz, sondern beruht immer zugleich auf Irrationalität, Zerstörung und Gewalt.“

Spezifisch für die aktuelle finanzkapitalistische Landnahme sei, dass das relativ autonome, dominante Anlagekapital immer weitere marktbegrenzende Institutionen einnehme und die entstandene finanzkapitalistische Formation die Wettbewerbslogik in die Gesellschaft hineintransferiere und verallgemeinere. Die neue Landnahme bewirke eine regressive Modernisierung: Indem sie die von ihr selbst als Bestandsvoraussetzung benötigten nicht-marktförmigen Strukturen und Verhaltensweisen auffresse, erzeuge die Vermarktlichung erneut Krisen und Vernichtung. Aus diesem Grund sei die Krise auch der Zeitpunkt, um einen anderen Modus operandi der Landnahme zu erzwingen – eine lange Welle von Dekommodifizierung und Investitionsprogrammen für sozial-ökologischen Umbau. Schon solch ein auf Bestandssicherung zielender Richtungswechsel müsse von außen, durch radikale Kapitalismuskritik, angestoßen werden, die institutionalisierten Formen der Konfliktbearbeitung und -lösung könnten dies nicht mehr leisten.

Auf diesen Aufschlag antworteten Dieter Sauer (ISF) und Volker Wittke (SOFI). Sauer erinnerte an vergangene Konjunkturen der Kapitalismustheorie: War sie in den 70er Jahren, mitunter ausgearbeitet in monumentalen Begriffsgebäuden, weniger eigener Forschungsgegenstand denn Bezugsrahmen der Industriesoziologie gewesen, wand-

te man sich in den 80er Jahren von diesen Großentwürfen ab – und oftmals auch von gesellschaftstheoretischer Fundierung der eigenen Arbeiten überhaupt. Erst in jüngster Zeit gebe es daran ein erneutes Interesse. In dieser neuen Konjunktur komme es auf ein im Kern dialektisches Verständnis von Kapitalismus als dynamischer, historisch gewordener Formation an, deren Niederschlag in und Wechselwirkungen mit den untersuchten Mikroverhältnissen im Betrieb und anderswo zu untersuchen seien. In der Forschungsarbeit des ISF manifestiere sich dieser Anspruch in den entwickelten Begriffen wie Vermarktlichung, Entgrenzung und indirekte Steuerung. Praktisch anwendbar sei die Kritik für eine revitalisierte, tradierte Gegensätze zwischen ArbeiterInnen und Angestellten oder „ModernisiererInnen“ und „TraditionalistInnen“ überwindende Arbeitspolitik.

Im Kontrast zu beiden Vorrednern betonte Wittke die Bedeutung von Unterschieden in kapitalistischen Verhältnissen, die sich aus der sozialen Formung von Kapital, Arbeitskraft und Marktstrukturen ergäben: Variation von Faktoren wie strukturierenden Wertvorstellungen, Formen industrieller Beziehungen oder Arbeitsmarktpolitik erforderten die Analyse spezifischer Konstellationen. Diese müssten aber nicht – wie im Paradigma der „Varieties of Capitalism“ (VoC) – nationalen Grenzen folgen, sondern resultierten aus konkreten Kontexten und seien weder auf eine allgemeine kapitalistische Logik noch auf die eines nationalen „Modells“ reduzierbar. Kapitalismustheorie müsse der Heterogenität sozialer Prozesse und dem Eigensinn der Menschen gerecht werden, weshalb es zugleich auch heißen müsse: „Bringing labour back in!“

Dass es während der anschließenden Panelphasen mit jeweils vier parallel

laufenden Panels und etwa 40 ReferentInnen fast unmöglich war, den Überblick zu behalten, konnte frustrierend sein – lässt sich freilich aber auch positiv als Beleg der Pluralität und Offenheit der Diskussionen deuten. So reichte das Spektrum der RednerInnen weit über die Felder von marxistischer Theorie sowie Arbeitssoziologie hinaus und umfasste auch Systemtheoretiker sowie Foucaultianer.

Am Nachmittag des ersten Tages ging es primär um Fragen der Analyseperspektive. In parallelen Panels wurden die Potentiale der Regulationstheorie, der Theorien funktionaler Differenzierung und des Finanzmarktkapitalismus-Paradigmas sowie der bereits erwähnte VoC-Ansatz verhandelt. Im letzteren Panel übten mehrere Diskutierende – über die verschiedenen VoC-Theorien im engeren Sinne hinaus – vehemente Kritik an der institutionalistischen Perspektive. Der VoC-Schule wurde vorgehalten, mit dem auf die nationale Ebene fixierten Denken in ‚Modellen‘ sowohl ‚nach oben hin‘ den Charakter des Kapitalismus als einer globalen historischen Formation zu vernachlässigen als auch ‚nach unten hin‘ unzulässig zu verallgemeinern und internationale Kontingenzen zu ignorieren.

Katharina Bluhm (Osnabrück) wies darauf hin, dass die Differenzen der Form, auf die VoC abhebe, den Blick auf die sozialen Prozesse ‚darunter‘ verdeckten. Fragwürdig sei zudem die Einseitigkeit eines Paradigmas, das „alles nur vom Unternehmen her“ denke, so Stephan Lessenich (Jena). Steffen Lehndorff (IAQ Duisburg-Essen) erklärte VoC gar zur „Wiederauferstehung des neoklassischen Paradigmas in anderem Gewand“, weil die Kritik an der neoliberalen Vorstellung eines „one best way“ sich im Aufzeigen institutioneller Komplementaritäten und dem

Postulat der Möglichkeit verschiedener „bester Wege“ erschöpfe.

Welche Perspektive dem institutionalistischen Paradigma entgegenzuhalten wäre, blieb aber eher unklar. Einzelne ReferentInnen fanden die Vergleichsperspektive sinnvoll, wenn nur die richtigen Faktoren einbezogen würden – im Sinne von ‚Varieties of class struggle‘ (Lehndorff) oder ‚Varieties of wohlfahrtsstaatlich verfasster Kapitalismus‘ (Lessenich). Demgegenüber gab Bluhm zu bedenken, dass in der gegenwärtigen Situation das Gemeinsame der Epoche mehr interessieren müsse als die Unterschiede. Hätten statt der eigenen Kritik mögliche Alternativansätze stärker im Zentrum der Diskussion gestanden, wären wohl die produktiven Differenzen auf dem Podium größer gewesen.

Richard Hyman trug in seinem Plenumsvortrag „Trade Unions and the Crisis“ aktuelle Erkenntnisse aus diversen Ländern zusammen. Für ein Szenario neuer sozialer Konflikte fänden sich ebenso Anzeichen wie für verstärktes sozialpartnerschaftliches Agieren von Gewerkschaften; zur Zeit sei das Bild uneinheitlich und widersprüchlich, und vielerorts könne es auch länger bei einer „Konfliktpartnerschaft“ bleiben. Den Gewerkschaften riet er, ihre eigenen Widersprüche zwischen internationaler Solidarität und Standortpolitik, Langfristzielen und Kurzfristzwängen zu bearbeiten und den Moment der Delegitimierung der Gegenseite zu nutzen, um neben Umverteilung auch Wirtschaftsdemokratie auf die Agenda zu setzen.

Im Panel zu „Kapitalismus und Subjektivität“ am Vormittag des zweiten Tages (parallel wurde zudem über informationellen Kapitalismus, Sozialstruktur und Legitimationskrisen debattiert) stand der in den letzten Jahren vieldiskutierte Begriff der Subjektivie-

rung im Zentrum. Nicht nur die Deutung dieses Begriffs blieb umstritten, auch hinsichtlich der Verortung und Bewertung von Widerstandspotentialen wurden Differenzen deutlich. Günter Voß (Chemnitz) begann mit seiner vielzitierten These der „Subjektivierung von Arbeit“ als erweiterter (Selbst-)Ausbeutung menschlicher Natur und Teil einer gesellschaftlichen Ent-Strukturierungsdynamik im gegenwärtigen Kapitalismus. Widerstand dagegen könne aus einer ursprünglichen „menschlichen Lebendigkeit“ erwachsen, die sich ihrer Kolonialisierung widersetze.

Ein gänzlich anderes Verständnis von Subjektivierung vertrat Ulrich Bröckling (Halle). Wer Marx‘ Identifizierung des Kapitals als „automatisches Subjekt“ ernstnehme, müsse aufhören, Subjektivität bei den Individuen, die immer nur Produkt der prozessierenden Logik der Verhältnisse seien, zu suchen. Den „ursprünglichen Subjektkern“, dessen Kolonialisierung Voß unterstellt, gebe es nicht. Statt von Großbegriffen wie „Kapitalismus“ und „Neoliberalismus“ auszugehen, solle die Soziologie die Formationen von Subjektivierung, verstanden als „Modus des Sich-zu-sich-selbst-in-Beziehung-Setzens“, mit ihren je eigenen Anrufungen und Technologien beschreiben. Aus dieser Sicht mache die Frage nach „Widerstand“ keinen Sinn, weil sie immer nur auf alternative subjektivierende Technologien verweise.

Silke van Dyk (Jena) hielt dagegen, dass beide Subjektivierungskonzepte allzu pauschal die Absorption kritischer Potentiale durch den Kapitalismus behaupteten und zu stark vom Facettenreichtum der Systemmechanismen wie auch der Subjekte selbst abstrahierten. Widerstand gegen den Kapitalismus setze keine angeblich vorsoziale „Natürlichkeit“ voraus, sondern könne gerade aus Subjektivierungsprozessen selbst hervorgehen.

Im abschließenden Plenum erinnerte Christoph Scherrer (Kassel) zunächst daran, dass die aktuelle Krise eine globale sei. Aktuelle politische und wissenschaftliche Debatten konzentrierten sich allzu oft auf die Ursachen und Folgen der Krise in den kapitalistischen Zentren. Anschließend benannte IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban aus gewerkschaftlicher Perspektive Anknüpfungspunkte einer Wiederannäherung zwischen kritischer Wissenschaft und Gewerkschaften, die für beide Seiten ein Schritt aus der Defensive sein könne. Für die Gewerkschaften komme es in den nächsten Jahren darauf an, im Konflikt um die Verteilung der Krisenlasten „nicht gänzlich unter die Räder zu geraten“. Das frühere institutionalisierte Machtpotential der deutschen Gewerkschaften sei weitgehend aufgezehrt, was nur durch einen Zuwachs an Organisationsmacht, also die Neugewinnung von Mitgliedern, zu kompensieren sei. Dies werde umso schwerer angesichts der zu erwartenden „Prekariätsexplosion“, die gerade Bereiche gewerkschaftlicher Handlungsunfähigkeit weiteranwachsen lasse.

Das erfordere eine selbstkritische Praxis, in der die Erkenntnisse kapital-

ismustheoretisch fundierter Arbeitssoziologie eine wichtige Rolle spielen können. Als Forschungsthemen nannte Urban Fragen der Mitbestimmung, die sich in einem „postdemokratischen“ Zustand fortschreitender innerer Aushöhlung befinde (vgl. Dörre in „Widerspruch“-Heft 55), sowie das Begreifen der Unterschiede zwischen ‚herkömmlichem‘ Wettbewerbskorporatismus und dem entstehenden „Krisenkorporatismus“. In letzterem sei die Position der Arbeit noch weiter geschwächt, Gewerkschaften fänden nur als „Krisenmoderator“ überhaupt noch Gehör.

Umso erforderlicher sei die Intensivierung der Debatte über Wirtschaftsdemokratie (vgl. auch „Widerspruch“-Heft 55) – nicht als Selbstzweck, sondern als politisches Mittel zur Erreichung von Zielen, unter denen an erster Stelle stehe, den Status des Shareholder Value als Maß aller Dinge in den Unternehmen „zu knacken“. Dass der kapitalismuskritischen Arbeitssoziologie angesichts all dieser Fragen und der damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen die Forschungsarbeit so schnell nicht ausgehen wird, ist auf der Konferenz zusehends klarer geworden.



institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.

Ludwig-Maximilians-Universität München

KRISE. RECESSION. ABSTURZ

WEGE AUS DER KRISE



ISW REPORT NR. 76
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung München e.V.

Untersucht wird der "global synchrone Abschwung" als die allgemeine Strukturkrise des modernen Kapitalismus. Was taugen die Sanierungsprogramme, die von den neoliberalen Eliten weltweit in Gang gesetzt werden? Welche Potenzen, welche Alternativen hat der Kapitalismus noch? Wie weit reichen die Konzepte, die einen "besseren" Kapitalismus wollen? Eine wirkliche Lösung liegt jenseits des kapitalistischen Systems. Wir bieten Vorschläge an, wie wir dort hingelangen.

isw-report 76 April 2009 / 56 Seiten / 4,00 Euro zzgl. Versand

FINANZKAPITAL "Entwaffnet die Märkte"

isw-report 75 Sept. 2008 / 56 Seiten / 4,00 Euro zzgl. Versand

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, fon 089-130041,
fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren isw-Publikationen + weitere Infos www.isw-muenchen.de

Prekarität und Ausgrenzung

Zum Sammelband von Robert Castel und Klaus Dörre

Die soziale Unsicherheit kehrt in die reichen Gesellschaften zurück. Vor allem über strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt. 'Normale Arbeitsverhältnisse' erodieren, auch in Mittelschichten. Die Folgen sind Prekarität, Ausgrenzung, Abstieg. So bezeichnen Robert Castel und Klaus Dörre die zentralen Problemfelder der neuen sozialen Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Die beiden Sozialwissenschaftler vereinen in ihrem Sammelband* zahlreiche empirisch und theoretisch fundierte Beiträge. Nach einführenden Überlegungen zur sozialen Frage stehen vier Gruppen sozial Benachteiligter im Vordergrund: Erstens *die Überzähligen*; ihr Ausschluss aus dem formellen Erwerbssystem führt zur räumlichen und sozialen Ausgrenzung. Zweitens *die Prekari*; bei ihnen verstetigen sich unsichere Beschäftigungen und Lebensformen. Drittens *die Absteiger*; an ihnen zeigt sich, wie sich Verunsicherung bereits in der Mitte der Gesellschaft verbreitet. Und viertens *die (Un-)Solidarischen*; sie organisieren sich als Unorganisierbare.

Alle Autorinnen und Autoren setzen sich im soeben erschienenen Band mit Prozessen der Prekarisierung auseinander. Sie vermitteln einen Einblick in aktuelle Kontroversen und markieren den Anfang einer deutsch-französischen Kooperation. Zonen unterschiedlicher Kohäsion und „Verwundbarkeit“ dienen als Grundlage der Untersuchungsfelder. Prekarisierung erweitert die begrifflich enger gefasste Exklusion. Die soziale Frage umfasst heute mehr als das Herausfallen aus der Funktionslogik gesellschaftlicher Subsysteme.

Wiederkehr der sozialen Unsicherheit

Robert Castel beschreibt in seinem grundlegenden Beitrag die Wiederkehr der Sozialen Unsicherheit. Diese kennzeichnet die gesellschaftliche Entwicklung. An der Unsicherheit leiden unzählige Menschen in den westeuropäischen Ländern. Sie tun dies seit dreissig Jahren wieder vermehrt. Bis Mitte der 1970er Jahre profitierten die Lohnabhängigen vom sozialen Kompromiss des industriellen Kapitalismus. Seither sind die Individuen immer mehr auf sich selbst gestellt. Sie leben „von der Hand in den Mund“ und bangen um ihre Zukunft. Die Erwerbstätigen erfahren, wie sich die Arbeitsorganisation individualisiert. Flexibilität und Mobilität gewinnen an Bedeutung. Privilegierte Erwerbstätige würdigen die unternehmerische Innovation als Emanzipation von bürokratischen Zwängen. Immer mehr Lohnabhängige verlieren hingegen viel Boden unter den Füßen. Die neoliberalen Transformationen führen - quasi planwirtschaftlich - zu Massenentlassungen. Der Abstieg bedrängt heute immer mehr Menschen. Auch deshalb, weil die Prekarisierung zunehmend die soziale Sicherheit destabilisiert. Sie tangiert die über Jahrzehnte erkämpfte kollektive Sicherung. Der Sozialstaat begrenzt zwar soziale Risiken, trägt jedoch wenig zur strukturellen Umverteilung bei.

Die Transformationen haben auch Folgen für die Sozialstruktur. Sie sind allerdings schwieriger zu fassen und vollziehen sich versteckt. Die vielen Entwerteten bilden laut Castel keine neue, einheitliche Unterschicht. Der

Ausschluss vom gesellschaftlichen Verkehr erweckt zwar den Anschein einer klar beschreibbaren Existenz ausserhalb der Gesellschaft. Diese Betrachtung ist jedoch zu statisch. Sie vernachlässigt die verschiedenen Stadien der Verwundbarkeit, die voneinander zu unterscheiden sind und doch zusammenhängen.

Castel bezeichnet das sukzessive Abhängen als kollektive Entkoppelung. Betroffene reagieren darauf mit Resentiments. Dieses gemeinsame Merkmal reicht aber nicht aus, um von einer neuen Klasse reden zu können. Zudem ist die Prekarisierung recht heterogen. Castel warnt indes vor einer katastrophischen Sicht. Er verweist auf soziale Strukturen, die noch breite Teile der Bevölkerung erreichen. Zum Prekariat, das sich herausbildet, gehören jedenfalls recht verschiedene soziale Gruppen - jenseits klassischer Beschäftigung. Wir begegnen somit einer komplexen Situation, die weiter zu untersuchen ist.

Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus

Klaus Dörre geht in seinem Beitrag auf die Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus ein. Neue Unwägbarkeiten beeinträchtigen gut betuchte „Mittelschichtgruppen“. Die Ursachen dafür liegen nicht in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Prekarisierung ist vielmehr Folge eines funktionierenden Finanzmarkt-Kapitalismus. Die finanzkapitalistische Landnahme hat eine historisch neue Form der Prekarität hervorgebracht und den fordistischen Typ der Lohnarbeit verdrängt. Eine erste Form von Prekarität entstand bereits zuvor durch die frühkapitalistische Lohnarbeit. Sie vereinnahmte die Werktätigen, bevor sie aus Gewohnheit und durch Erziehung die Anforderungen der neuen Produktionsweise als natürlich

hinnahmen. Das wirtschaftliche System benötigte eine subproletarische Reservearmee. Und die qualifizierten Fachkräfte konnten zunächst über diese Prekarität hinwegsehen.

Eine gewisse Entprekarisierung brachte dann die fordistische Landnahme. Sie überlagerte gewachsene Sozialbeziehungen mit wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen. Das Regime der organisierten Zeit integrierte und disziplinierte die arbeitende Klasse. Die Vollbeschäftigung kam mit eher marginaler Prekarität aus. Der florierende Kapitalismus schien keine Reservearmee mehr zu benötigen, wenn auch faktisch die Frauen als solche galten. Das hält die Soziologin Brigitte Aulenbacher in ihrem Beitrag über die Geschlechterforschung fest. Sie kritisiert zu Recht, dass die scheinbar neu entdeckte Prekarisierung längst die Mehrzahl der Frauen betrifft. Laut Dörre umfasste die Armut im Wohlfahrts-Kapitalismus der 50er und 60er Jahre primär unterste Schichten und Randständige. Die „Schmuddelkinder“ dienten den besser situierten Angestellten als Projektionsfläche. Sie sollten abschrecken und die soziale Anpassung fördern.

Heute ist die fordistische Gestalt mit eher marginaler Prekarität weitgehend passé. Seit den 1970er Jahren setzte sich vor allem die finanzgetriebene Landnahme durch. Sie verbindet die Kapitalakkumulation, die von der relativen Dominanz des Anlagekapitals ausgeht, mit den flexibel-marktzentrierten Produktionsmodellen und Regulationsdispositiven. Die finanzgetriebene Landnahme privilegiert die marktförmige Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Solidarprinzip. So ist ein Regime der kurzzyklischen Zeit entstanden. Dörre verortet hier eine wesentliche Ursache für die neue Prekarisierung. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen

sind zu Restgrößen verkommen. Sie werden flexibel an fremdbestimmte Auftragslagen angepasst. Geplante Gewinnmargen geben den Ton an. Finanzmarkt-Kapitalismus und Prekarität sind somit zwei Seiten einer Medaille. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen entspricht der finanzkapitalistischen Logik. Auch der Staat hat sich an dieser Landnahme zu orientieren. Er tut dies beispielsweise, indem er die öffentlichen Verwaltungen nach Prinzipien des New Public Management konzipiert.

Der „neue Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello) kennzeichnet die finanzgetriebene Landnahme. Er ideologisiert die Freiheit als kapitalistische Restrukturierung im Namen von Eigenverantwortung. In Deutschland hat allerdings, so Dörre, die Mehrzahl der Beschäftigten noch formal geschützte Arbeitsplätze. Gleichwohl vollzieht sich ein Übergang von marginaler zu disqualifizierender und diskriminierender Prekarität. Die Prekarisierung ist je länger desto weniger eine Exklusion sozial Randständiger. Sie äussert sich vielmehr in drei Strukturformen.

Am unteren Ende befinden sich erstens die Überzähligen. Dazu gehören vor allem die Arbeitslosen, wobei die aktivierende Arbeitsmarktpolitik die exkludierende Wirkung weiter verstärken kann. Die Ausgrenzung vollzieht sich nicht als Ausschluss aus der Gesellschaft, sondern innerhalb der Gesellschaft und teilweise sogar durch soziale Einrichtungen. Von den so beschriebenen Überzähligen lassen sich dann zweitens jene Prekarisierten abgrenzen, die beispielsweise als Leiharbeitende eine unsichere, niedrig entlohnte Arbeit haben. Dörre erwähnt eine Erhöhung dieser atypischen Erwerbsverhältnisse von 17.5 (1997) auf 25.5 Prozent (2007). Eine versteckte Form von Prekarität existiert drittens innerhalb der Gruppe der formal noch sicher Beschäftigten.

Sie müssen ständig fürchten, ihren Status ebenfalls zu verlieren.

Soziale Brisanz

Die Wiederkehr des Verdrängten äussert sich auch in Form von Unruhen. Die Gewalt von unten entsteht aus der Deklassierung und Entproletarisierung. Sie richtet sich gegen Polizeiknüppel. Denn diese repräsentieren die Gewalt von oben, die sich in Arbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Ungleichheit niederschlägt. Der Soziologe Loïc Wacquant deutet den scheinbar chaotischen und irrationalen Aufstand als Folge leerer Bäuche und gebrochener Herzen. Er beschreibt in seinem Beitrag über die soziale Spaltung den Fluch, innerhalb einer reichen Gesellschaft arm zu sein. Den Überzähligen bleibt keine andere Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen. Sie stecken Autos in Brand, so nach den Unruhen in den Banlieues von Paris, auch in der Peripherie Lyons.

Die zunehmende soziale Polarisierung verstärkt auch die räumliche Segregation. Sie schafft Sozialräume, aus denen innerstädtische Gettos entstehen können, wie die Gesellschaftswissenschaftler Hartmut Häussermann und Martin Kronauer untersuchen: Was passiert, wenn Individuen einseitig von Markt und Staat abhängig sind und der soziale Kompromiss erodiert? Nach eigenen Studien zur sozialen Ungleichheit weisen heute etliche Anzeichen darauf hin, dass sich bei sozial Benachteiligten die Resignation teilweise in Wut verwandelt, so beispielsweise über „abgehobene Managerlöhne“. Diese Wut kann motivieren, die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie kann aber auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen. Der Politologe Mario Candeias fragt im hier vorgestellten Band, ob sich

in Pariser Banlieues eine Tendenz erkennen lässt, die „von der Anomie zur Organisierung“ führt.

Im Schlusskapitel folgern Robert Castel und Klaus Dörre aus den vielen aufschlussreichen Einzelanalysen: Die Prekarisierung hat erstens zu keinem Bedeutungsverlust der Arbeit geführt, auch wenn die prekären Verhältnisse an der Leistungsbereitschaft von Betroffenen zehren. Zweitens lässt sich wohl eine Abhängigkeit der sozialen Risiken von Herkunft, Geschlecht, Nationalität und Qualifikation zeigen; heutige Milieus, Lebens- und Wertegemeinschaften lassen sich jedoch weniger klar als Klassen fassen. Dieser Begriff dient indessen als Gegenpol gegen Versuche, das Soziale in Prozessen der Individualisierung aufzulösen. Er macht auch deutlich, dass kollektive Herrschaftsverhältnisse die Gesellschaft strukturieren. Drittens existiert keine einheitliche, zu einem kulturellen Selbstausschluss neigende Unterklasse.

Viertens korrespondiert die aktuelle Konfliktformation mit der gegenwärtigen Prekarisierung. Sie unterscheidet sich deutlich von der eines industriellen Klassenkonflikts. Konkurrenz gehört zwar immer zum Alltag von Arbeiterklassen. Vom Abstieg bedrohte (Fach-) Arbeiter und Angestellte haben jedoch Sozialeigentum, das sie verteidigen wollen. Prekär Beschäftigten fehlt dieses Privileg. Die einen kämpfen darum, eine Normalität in Arbeit und Leben zu erhalten, an die andere gerne anschließen möchten. Diese Spaltung entsolidarisiert. Selbstorganisation ist allerdings mehr als eine bloss hypothetische Möglichkeit. Sie erweist sich auch in sozialen Aufständen als ernstzunehmende Realität.

Fünftens lässt die brisante soziale Frage die Staatsbedürftigkeit wieder erstarken. Unter dem Druck der Finanzkrise schwingt das Pendel vom Markt

zum Staat. Somit kündigt sich eine neue Periode des Sozialstaatsinterventionismus an. Aber dieser führt nicht einfach zu einer Entprekarisierung. Der Staat kann egalitär und sozial(demokratisch) handeln, aber auch autoritär-repressiv und (rechts-)populistisch. Die egalitäre Sozial-Politik ist im Neoliberalismus in die Defensive geraten, auch gegenüber Konzepten einer nationalistischen Vergemeinschaftung, die eine demokratische Partizipation unterlaufen.

Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte fordert also den Sozialstaat heraus, der darauf mit neuen sozialpolitischen Regelungen reagiert. Das dänische Flexicurity-Modell zielt beispielsweise darauf ab, mit einer flexiblen Sicherung die Risiken atypischer Beschäftigungsformen abzufedern. Und in Deutschland sind Prämien für die Flexibilität angesagt, beispielsweise für Leiharbeit. Sie sollen den Anreiz erhöhen, stabilisieren aber vor allem die Flexibilität. Auch der erstrebenswerte Mindestlohn verkommt so zur Verhandlungsnorm in ausgehöhlten Tarifsystemen. Die regulierte Flexibilität führt dazu, die Prekarität zu verstetigen, statt zu entschärfen. Die Prekarität wird zur Normalität.

Castel und Dörre setzen auf die internationale Kritik an der Prekarisierung. Notwendig ist eine weitere Öffnung der Debatte. Dafür ist der vorliegende, materialreiche und sehr bemerkenswerte Band ein richtungsweisendes Grundlagenwerk, in dem sich die unterschiedlichen Aspekte des Prekaritäts-Diskurses finden, wie er vor allem in Deutschland geführt wird.

* Castel, Robert / Dörre, Klaus (Hg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/M.

Peter Römer: Wolfgang Abendroth und Carl Schmitt. Verlag Dinter, Köln 2009 (197 S., € 16.70)

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge von Peter Römer, dem ehemaligen Assistenten des bekannten Rechts- und Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth an der Universität Marburg, sind zwar teilweise schon vor Jahren im Original erschienen, dennoch sind sie – man könnte sogar sagen: gerade zur gegenwärtigen Zeit – für die politischen und wissenschaftlichen Diskurse und Auseinandersetzungen von grossem Interesse. Darum ist es sehr erfreulich, dass der Dinter-Verlag diese Aufsätze jetzt einem über die Zukunft der Staatsrechtler hinausgehenden breiteren Leserkreis wieder zugänglich macht. Denn sowohl die Beiträge über Wolfgang Abendroth als auch die über Carl Schmitt gewinnen im Kontext der gegenwärtigen Debatten nochmals an Bedeutung, zumal alle Artikel in einem thematischen Zusammenhang stehen: Es geht um zentrale Fragen von Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat.

In den ersten vier Beiträgen steht Abendroths Konzeption von Demokratie im Vordergrund, also auch die Frage, wie Demokratie als Prozess zur Verwirklichung der Einheit von Regierten und Regierenden in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft eingerichtet sowie als Prinzip der gesamten Gesellschaft, und nicht lediglich des staatlich-politischen Bereichs, verwirklicht werden kann. Römer untersucht hierbei nicht nur alle wichtigen Schriften Abendroths zu dieser Thematik, sondern setzt sich in drei Beiträgen mit den in der Nachkriegszeit verfassten konservativen juristischen und politischen Konzeptionen von Abendroths Kontrahenten Carl Schmitt und Ernst Forsthoff ausführlich auseinander.

In den kenntnisreichen Studien zu Abendroth gelingt es Römer, überzeugend aufzuzeigen, dass es Abendroth nicht einzig um einen sozialen Staat geht, für dessen Schaffung und Ausgestaltung er sich in zahlreichen Aufsätzen eingesetzt hat. Stets im Blick hat Abendroth auch die Frage, wie in der Bundesrepublik Deutschland auf legalem Wege eine sozialistische Gesellschaft angestrebt werden kann. Da Römer jedoch auf die in diesem Zusammenhang ganz zentrale These Abendroths über den transformatorischen Charakter des Verfassungs- und Völkerrechts nach 1945 nicht eingeht, bleiben seine Analysen der Konzeption Abendroths zur Frage nach einem legalen Weg zum Sozialismus unvollständig.*

Im Aufsatz „Abendroth-Renaissance? Chancen und Gefahren“ geht Römer sowohl zustimmend als auch kritisch auf die Publikationen und Veranstaltungen anlässlich des 100. Geburtstages von Wolfgang Abendroth im Jahr 2006 ein. Zurecht fordert Römer in seiner Kritik, dass zuallererst die Kenntnis des Werks Abendroths zu fördern sei, nicht die seiner Lebensdaten. Allerdings scheint Römer den Stellenwert der (politischen) Biographie Abendroths für das Verständnis seines Werkes ein wenig zu unterschätzen. Die Kenntnis der Biographie Abendroths kann im Übrigen auch vor den Tendenzen bewahren, auf die Römer begründetermassen hinweist: nämlich Abendroth in den Akademikerhimmel zu heben bei gleichzeitiger Verbannung seiner Schriften in die Archive!

Einige wenig bekannte Facetten der Persönlichkeit Abendroths, damalige Konflikte in der fortschrittlichen Hochschul- und Berufungspolitik sowie Gründe dafür, warum keine „Marburger Schule“ oder eine „Abendroth-Schule“ kritischer Wissenschaften entstehen

konnte, werden ansatzweise von Römer im Beitrag „Meine Zeit bei Wolfgang Abendroth“ angesprochen. Diese knappen Ausführungen Römers sind äußerst informativ und könnten zu weiteren Forschungen anregen.

Römers Artikel „Vom totalen Staat zur totalen bürgerlichen Gesellschaft. Einige Erwägungen anhand neuerer Analysen der Carl Schmitt-Schule“ thematisiert die Ende der 1960er und Anfang der 70er Jahre intensiv geführten Diskussionen über den Faschismusbegriff und verbindet diese mit den damaligen Untersuchungen u.a. von Ernst Forsthoff sowie mit der Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Zugleich ist dieser Beitrag auch eine knappe Zusammenfassung der politischen, staats- und verfassungsrechtlichen Kontroversen in diesen Jahren. Auch hier wieder liest man im Kontext der gegenwärtigen Debatten diesen Beitrag mit grossem Gewinn, selbst wenn man nicht alle Einschätzungen Römers teilt.

Von nach wie vor besonderem Interesse ist die sehr umfangreiche, differenzierte und aufklärende Abhandlung über einen Tagungsband, der nach dem Tod von Carl Schmitt 1985 herauskam und Einblick in die damalige Carl-Schmitt-Schule gab. Römer diskutiert eingehend und sachlich die prominenten Autoren und hält fest: „Der Kern des Schmittschen Werkes verdient, von Selbstwidersprüchen und Kompromißmängeln befreit und nach seiner inneren Folgerichtigkeit entwickelt zu werden. Gelingt dies, so ist der antidemokratische Grundgedanke dieses Werkes aufgezeigt.“ (S. 167) Dieser und weiteren erhellenden Einschätzungen wäre wenig mehr beizufügen, wenn die Schriften von Schmitt, dem „Kronjuristen des Dritten Reiches“, innerhalb der deutschen und internationalen Rechtswissenschaften inzwischen nicht

an Bedeutung gewonnen hätten. Was ein Grund mehr ist, die kritische Auseinandersetzung mit Schmitts Schriften fortzusetzen.

Der letzte Beitrag „Übervater Schmitt – Hüter der Demokratie“ diskutiert das Problem der Schranken der Verfassungsgebung und der Verfassungsänderungen vor allem anhand der „Verfassungslehre“. Dabei nimmt Römer immer wieder Bezug auf die Schriften von Hans Kelsen, dem eigentlichen Gegenspieler von Carl Schmitt in der Weimarer Republik.

Schade ist, dass der sehr wichtige Beitrag Römers „Nach 50 Jahren: Wolfgang Abendroths Sozialstaatsinterpretation“ nicht in diesen Band aufgenommen wurde. Eine erneute Veröffentlichung wäre aus Aktualitätsgründen sehr sinnvoll gewesen. Sie hätte den Sammelband, der heute noch fast durchgängig spannend zu lesen ist, komplettiert. Und wenn dieser dazu beiträgt, „daß Abendroths Denken und Handeln von der älteren Generation erinnert und von der jüngeren entdeckt, aktualisiert und kritisch weiterentwickelt wird“ (S. 92), dann wären Peter Römers verdienstvolle Arbeiten tatsächlich am besten gewürdigt.

Andreas Diers

* Siehe dazu: Gespräch mit Wolfgang Abendroth. In: Dialektik, Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften, Band 3, Köln 1981, S. 152 f.; Gerhard Stuby: Abendroths These des „transformatorischen“ Charakters von Verfassungs- und Völkerrecht. In: Hans-Jürgen Urban/Michael Buckmiller/Frank Deppe (Hrsg.): „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth, Hamburg 2006, S. 125-137.

Saral Sarkar: Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie. Hrsg. von der Initiative Ökosozialismus. 2. Auflage, AG SPAK, Neu-Ulm 2009 (382 S., € 22.50)

Der Untertitel von Saral Sarkars Buch verspricht nicht zuviel. Es geht tatsächlich um eine Lesart der Krisengeschichte des Kapitalismus, die viele gängige Erklärungen vom Kopf auf die Füße stellt. Und zwar deshalb, weil hier die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses konsequent zusammengedacht wird mit der umfassenderen ökologischen Krise: der „Zangengriffkrise“ von schwindenden Ressourcen einerseits und der notwendigen Bewältigung des Klimawandels andererseits. Diese Zangengriffkrise liegt grundsätzlich außerhalb der Kontrolle des Systems, das hier schlicht an harte, physikalische Grenzen stößt. Die vielen systemimmanenten Erklärungsversuche der aktuellen Krise und erst recht die politischen Rezepte zu ihrer Überwindung mogeln sich gerade an diesem Punkt vorbei.

Saral Sarkar rekonstruiert die Krisengeschichte des Kapitalismus seit den 1920er Jahren bis hin zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sehr genau. Das Buch hat hier nicht zuletzt den Charakter eines kleinen Nachschlagewerkes für alle, die in den Hintergrund gerückte Ereignisse (wie etwa die Asienkrise Ende der Neunzigerjahre) noch einmal genauer nachlesen wollen. Was aber ist die innere Logik hinter dieser Krisengeschichte? Sarkar führt die Leser mit souveräner Kenntnis und klugen Argumenten noch einmal in diese Grundsatzdiskussion hinein: Was war die eigentliche Krisentheorie von Karl Marx? Was erklärt das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate tatsächlich? Wie plausibel ist die Unter-

konsumtionstheorie und wie hat Rosa Luxemburg die Grenzen der kapitalistischen Akkumulation beschrieben? Ein ganzes Kapitel widmet Sarkar auch der Auseinandersetzung mit Marxens Mehrwertlehre und ihrer Korrekturbedürftigkeit. Es lohnt sich, unter Sarkars kluger Anleitung noch einmal genauer hinzusehen und viele Fragen differenzierter sehen zu lernen.

Breiteren Raum im Buch aber nimmt die Auseinandersetzung mit den „Rettern des Kapitalismus“ ein. Neben Schumpeter sind es in erster Linie Keynes und der vieldiskutierte Keynesianismus, denen Sarkar insgesamt drei ausführliche Kapitel widmet. Dieser Schwerpunkt erweist sich gerade angesichts der aktuellen politischen Auseinandersetzung um die Lehren aus der Krise des Finanzmarktkapitalismus als äußerst hilfreich, feiert doch „nach der fundamentalen Diskreditierung des neoliberalen Gedankenarsenals“ der Keynesianismus in verschiedenen Schattierungen wieder fröhliche Urständ. Insbesondere die Vertreter eines „Green New Deal“ holen ihn wieder aus der Mottenkiste und präsentieren ihn in grünem Anstrich neu. Für Sarkar Anlass genug, sich mit ihren prominenten aktuellen Vertretern (Peter Bofinger, Rudolf Hickel, die „Memorandum-Gruppe“, Heiner Flassbeck) gründlich auseinanderzusetzen.

Zunächst klopft Sarkar die bis zur Ermüdung vorgebrachten Standardargumente der Keynesianer auf ihren tatsächlichen Gehalt ab. Seine entscheidende Kritik jedoch setzt an der Tatsache an, dass sie die nicht mehr von der Hand zu weisenden Grenzen des Wachstums völlig ignorieren: „Der Keynesianismus“ – einerlei, ob als nationaler oder globaler – „bleibt ein Programm für die Fortsetzung des Wachstumswahns in schon überindustrialisierten Ländern. Er schlägt nur

eine andere Strategie dafür vor.“ (S. 239) Für diese These liefert Sarkar in direkter Auseinandersetzung mit den keynesianischen Protagonisten den Nachweis im Detail. Und im Anschluss an John Meynard Keynes selbst, der in vieler Hinsicht seinen heutigen Epigonen überlegen ist, zeigt Sarkar die Differenzen der heutigen Keynesianer zu grundlegenden Einsichten ihres Spiritus Rectors und kommt zum Schluss, dass konsequent denkende Keynesianer eigentlich die gegenwärtige Entwicklungsstufe des Industrialismus selbst in Frage stellen müssten.

Für die aktuelle politische Debatte erhellend sind auch Sarkars Überlegungen zur Globalisierung. Er macht deutlich, dass eine oberflächliche Globalisierungskritik, die auf der phänomenologischen Ebene allein deren „Auswüchse“ in den Blick nimmt, viel zu kurz greift. Die Dynamik des Kapitalismus selbst erfordert die Ausdehnung seiner Akkumulationsbasis: „Wer den Kapitalismus akzeptiert, kann die Globalisierung nicht ablehnen.“ Sarkar zeigt die Widersprüche innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung auf, vor allem hinsichtlich des Nachhaltigkeitsbegriffs, und er führt die Globalisierungskritik auf ihren Kern zurück: auf die notwendige radikale Abkehr vom Wachstumsparadigma.

Die Erklärungsnot einer antikapitalistischen Linken, welche die innere Widersprüchlichkeit des Kapitalismus zum Ausgangspunkt nimmt, bestand immer darin, zu erklären, warum sich der Kapitalismus dennoch weiter behaupten konnte, warum er sich als flexibel genug erwies, immer wieder Auswegstrategien aus seinem krisenhaften Verlauf zu finden. Ohne die Grundlage der im Übermaß vorhandenen fossilen Energie wäre der Kapitalismus längst schon an seinen eigenen Widersprüchen zusammengebrochen.

Diese seine „Natur“-Basis ist nun aber gerade dabei, wegzubrechen. Sarkar weist nach – wobei er hierfür sehr oft auf sein früheres Buch „Die nachhaltige Gesellschaft“ Bezug nimmt –, dass diese schwindende Ressourcenbasis, neben den fossilen Energieträgern sind es auch wichtige mineralische Rohstoffe, seltene Metalle etc., durch das Umsteigen auf erneuerbare Energien und einen effizienteren Energieeinsatz bei weitem nicht ersetzt werden kann.

Ganz im Gegensatz zum immer noch dominierenden Teil der Ökobewegung (Ökoinstitute, Verbände, von politischen Parteien mal ganz zu schweigen) geht es dem Autor darum zu zeigen, dass wir in Zukunft mit wesentlich weniger Nettoenergie auskommen werden müssen. Im Anschluss an den rumänischen Ökonomen Nicholas Georgescu-Roegen, der als einer der wenigen physikalische Gesetzmäßigkeiten wie etwa den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik (Entropie) konsequent auf die Ökonomie anwendet, betont Sarkar, dass „erneuerbar“ nicht „unerschöpflich“ bedeutet und die Energierücklaufzeiten der meisten erneuerbaren Energieträger von den Zweckoptimisten à la Weizsäcker, Scheer und Co. in unredlicher Weise schön gerechnet werden. Und dass es ebenso zu unterscheiden gilt zwischen machbaren und „lebensfähigen“ Energien, solchen also, die auch unabhängig von der jetzt noch existierenden fossilen Energiebasis auf Dauer bestehen können. So wie auch die Effizienzstrategien schlicht dem Gesetz vom sinkenden Ertrag unterliegen und deshalb letztendlich Suffizienz der alles entscheidende Schlüsselbegriff für eine Gesellschaft sein wird, die sich nicht selbst die Lebensgrundlagen abgräbt.

Eine schwindende Energie- und Ressourcenbasis einerseits sowie andererseits die Notwendigkeit, den Ausstoß

der Treibhausgase möglichst schnell drastisch zu reduzieren, bringen uns aber in jene Zwickmühle – der Autor redet vom „Zangengriff“ –, die jeder Illusion einer Konjunkturbelebung durch einen noch so grünen New Deal den Boden entzieht. Natürlich bestreitet auch Sarkar nicht die Notwendigkeit, kurz- und mittelfristig massiv in eine neue Energie-Infrastruktur, in neue Verkehrssysteme etc. zu investieren.

Entgegen den Illusionen, die mit einem „Green New Deal“ gestreut werden, zeigt Sarkar auf, dass wir unweigerlich vor einem – durch die schwindende Ressourcenbasis erzwungenen oder aufgrund ökologischer Einsicht freiwilligen – radikalen Schrumpfungsprozess der Ökonomie stehen, bis hin zum Zustand eines stabilen Gleichgewichts (Steady state). Eine schrumpfende Wirtschaft aber kommt einer langen Rezession gleich, eine Steady-state-Ökonomie einer langen Depression, das heißt, dieser Transformationsprozess ist unweigerlich mit dem Zusammenbruch ganzer Branchen, Tausender Firmenpleiten und Millionen Arbeitsloser verbunden – so man ihn denn seinem naturwüchsigen, unkontrollierten Verlauf überliesse.

Sarkars ökosozialistischer Ausweg ist die Forderung nach einer bewussten Planung dieses ökonomischen Abrüstungsprozesses, der dabei den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft garantiert. Im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie kann dieser Prozess nicht mehr politisch gestaltet werden; sie muss vielmehr in eine demokratische und partizipative Planung dessen überführt werden, was, wie und wieviel produziert werden soll. Saral begründet dies näher in der Auseinandersetzung mit jenen bürgerlichen Ökonomen, die wie er die Notwendigkeit bzw. Unausweichlichkeit dieses Schrumpfungsprozesses sehen, aber dabei verzweifelt

bis zynisch am bestehenden Funktionsmodell des Kapitalismus festhalten wollen.

Einer seiner interessantesten Gesprächspartner ist hier Herman Daly, der einen Steady-state-Kapitalismus für möglich hält. Daly tritt für die Regelung des Rohstoffverbrauchs durch Abbauquoten ein, die dann – analog zu den CO₂-Zertifikaten – gehandelt werden können. Alles Übrige könne man dem kapitalistischen Markt überlassen. Sarkar ist überzeugt, dass diese Halberzigkeiten notwendig zu drastischen Fehlallokationen führen müssen. Der Rohstofffluss wird nicht mehr von politisch definierten Notwendigkeiten und Bedürfnissen, sondern weiterhin vom Kapital gesteuert. In kritischem Gespräch mit den „Marktsozialisten“ macht Sarkar darüber hinaus klar, dass funktionierende Marktmechanismen zur Voraussetzung haben, dass die Teilnehmer am Markt auf Preissignale angemessen reagieren können. Angesichts der Rohstoff- und Energieknappheit ist gerade diese Voraussetzung nicht mehr gegeben. Wir haben es dann mit einem Verkäufermarkt zu tun.

Sarkar hat das Manuskript zu diesem Buch abgeschlossen, bevor die Finanzkrise in ihrer ganzen Dramatik zum Ausbruch kam und die etablierte Zunft der Ökonomen, der der Autor selbst nicht angehört, kräftig blamierte. Er hat angesichts dieser aktuellen Situation ein höchst lesenswertes Schlusskapitel verfasst, das dazu geeignet ist, die Haltbarkeit seiner Thesen noch einmal zu erhärten. Dieses Schlusskapitel hebt sich erfrischend ab von den vorherrschenden Krisenerklärungen der Ökonomen und der Politikerkaste, die ja kein anderes Ziel verfolgen, als das „business as usual“ aufrechtzuerhalten und zu rechtfertigen.

Für Sarkar war die Krise kein isoliertes Problem der aus dem Ruder ge-

laufenden Finanzmärkte, die sich sekundär auch auf die „Realwirtschaft“ auswirkte. Für ihn ist es nicht zufällig, dass die Finanz- und darauf folgende Wirtschaftskrise just zu dem Zeitpunkt ausbrach, als die Rohstoff- und Energiepreise einen historischen Höhepunkt erreicht hatten. Damit bekräftigt er noch einmal seine These, dass die eigentliche Krise des Kapitalismus, aus der es kein systemimmanentes Entkommen mehr gibt, eben jene „Zangenriffkrise“ ist, aus der uns kein New Deal herausbringen wird. Was ansteht, ist deshalb die Debatte um ein Ökosozialismus-Konzept, das uns erlaubt,

nicht nur den Kapitalismus zu transformieren, sondern auch die notwendige Umgestaltung des Industrialismus human und solidarisch zu planen.

Sarkars Buch ist ein wichtiger Kompass für die sozialen Bewegungen, die in den bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen nicht ohne Orientierung auskommen werden und wissen wollen, wofür es sich letztlich zu streiten lohnt.

Bruno Kern

Als pdf-Datei ist die Studie auch zugänglich auf der Homepage der „Initiative Ökosozialismus“: www.oekosozialismus.net

Rolf Bossart

Hundert Jahre wider die Verknechtung der Menschen

Zur Jubiläumsschrift der Zeitschrift „Neue Wege“

Die Monatszeitschrift *Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus* ist 2006 hundert Jahre alt geworden. Angesichts des langen Zeitraums mit lässlichen drei Jahren Verspätung liegt nun die Jubiläumsschrift „Für die Freiheit des Wortes“ vor: ein ausserordentliches, ein akribisch gearbeitetes Geschichtshandbuch. Hundert Jahre Zeitschrift im Dienste des religiösen Sozialismus – das bedeutet, der religiöse Sozialismus hat eine lange und schwierige Geschichte, obgleich viel von und in dieser Geschichte, auch Teile der eigenen, gegen ihn läuft.

Einige Widersprüche begleiten diese Zeitschrift. Die *Neuen Wege* wollten zumindest im Sinn und Geist des langjährigen Redaktors und Gründungsmitglieds Leonhard Ragaz eine Bewegungszeitschrift sein, wozu er

eigens seinen universitären Lehrstuhl verlassen hatte. Aber die Bewegung des religiösen Sozialismus ist nicht nur einmal im Verlaufe des Jahrhunderts beinahe abhanden gekommen. Die *Neuen Wege* sind einer sozialistischen Strömung verpflichtet, die dem autoritären Staatssozialismus kritisch gegenüberstand. Dieser gilt als gescheitert, und der Stand seiner bisher aufgearbeiteten Geschichte lässt noch nicht absehen, welches neue Sozialismus-Modell fürs 21. Jahrhundert taugen wird und, schlimmer noch, vielleicht über Jahrzehnte keine realisierbare Zukunftsperspektive eröffnen kann.

Die *Neuen Wege* sind christlich, aber gemessen an dem Unmass an Leid, das wir historisch gesehen heute aufs Konto des Christentums schlagen müssen, ist sein gegenwärtiger Niedergang

noch das wenigste, was wir ihm wünschen können. Das heisst, die Neuen Wege waren nie heimisch in ihrer Welt, konnten es nicht sein, wenn sie ihrem selbstgestellten Auftrag, neue Wege aufzuzeigen, treu bleiben wollten. Und nicht nur in der Anfangsphase der Zeitschrift setzten sich ihre Macher zwischen alle Stühle. Die kirchlichen Christen wollten mit Sozis nicht zusammenarbeiten und die Sozis misstrauten den Christen. Idiosynkrasien, die sich während des Widerstands gegen den NS und auch nach Kriegsende nur partiell auflösten und andernorts bis heute fortbestehen. Hinzugekommen ist heute als Resultat einer gesellschaftlich verordneten Ideologiefreiheit die Ablehnung aller Bekenntnisse und also der doppelte Verdacht gegenüber der Orientierung der Neuen Wege.

Was also konnten für die Zeitschrift neue Wege sein in dieser Ausgangslage? Zunächst die theoretische Grundlegung der überfälligen und von vielen Sonderlingen wie Wilhelm Weitling vorbereiteten praktischen Befreiung vieler Christen aus der bourgeoisen und imperialen Kirche, ohne die Treue zur jesuanischen Botschaft aufzukündigen. Dann das Glück, dass die Neuen Wege in Leonhard Ragaz diesen glänzenden und bis heute aktuellen Theoretiker hatten, der solches zu leisten imstande war. Bald aber auch und selbstverständlich, um einen ersten eigenständigen Punkt der Kritik zu finden, griff man zum Trick der Unterscheidung zwischen dem real existierenden Sozialismus, der reale existierenden Kirche und einem ethisch genannten und prophetisch verstandenen Sozialismus bzw. Christentum.

Aber die Solidarität mit der Idee bei gleichzeitiger Distanzierung zu den Versuchen, sie zu verwirklichen, droht sich immer wieder abzunützen und war und ist für die „Neue Wege“ keine

dauerhafte Option. Es ist vielmehr ihr eigenster „Widerspruch“, woran sie sich abarbeiten. Und also hat die Zeitschrift in ihrer langen Geschichte es nicht versäumt, immer wieder sich konkret zu verbünden und neue Bewegungen als Trägerinnen jener Befreiungsgeschichte, an die man sich selber gebunden hatte, zu erkennen und zu unterstützen: Befreiungstheologie, Friedensbewegung, Entkolonialisierung, Frauenbewegung.

Hinzu kommt als eine der wichtigsten Konkretionen des selbstgewählten Auftrags das Augenmerk auf die Genossenschaftsbewegung, vorangetrieben vom langjährigen Redaktor, Mitherausgeber und Autor des Buches, Willy Spieler. Die Genossenschaft erhält dabei über die Jahre nicht nur den Akzent, beste Schnittmenge zu sein zwischen sozialer Marktwirtschaft und einem demokratischen Sozialismus, sondern ist genauso das säkulare Weiterdenken christlicher Urgemeinde wie, nach seinen letzten Aufzeichnungen zu schliessen, eine späte Wertschätzung Lenins, der seinerseits die „Neue Wege“ gekannt hat und mit Ragaz in Kontakt gestanden ist.

Durch den fürs Schweizer Selbstverständnis damals normalen Antikommunismus und mit dem in der Linken nicht lahm zu kriegenden Vorbehalt gegenüber allen Formen von Religion (als Folge einer missverstandenen Religionskritik) war und ist die Zeitschrift in ihrer permanenten Reorientierung sowieso immer wieder auf sich selber zurückgeworfen, und damit auch auf das Unzureichende und auf das Geseiterte in Religion und Sozialismus. Wollte man nicht das Terrain der Traditionen insgesamt preisgeben, war man gezwungen, daran festzuhalten. Und hier, gleichsam auf einer zweiten Stufe, wird diese Verbindung nochmals produktiv. Ist nicht der „Seufzer der

Kreatur“, wie Marx die religiösen Umtriebe der Unterdrückten genannt hat, zwar Ausdruck ihrer Ohnmacht, jedoch nicht weniger auch das Wachhalten des Widerstands und der Erwartung eines Besseren?

Und was man bei Marx und Che festgestellt hat, dass ihre revolutionäre Energie einen heimlichen messianischen und utopischen Untergrund hatte, kann man aus dieser Sicht insgesamt für die ArbeiterInnenbewegung behaupten und also auch ihre Schwächung mit der Erschöpfung dieser Energie in Verbindung bringen. Doch zurecht hat die Linke immer die verbürgerlichte Herrschafts-Kirche bekämpft und zurecht hat sich der Widerstand gegen den Realsozialismus, dessen Reformierung man anstrebte, massgeblich in den Kirchen artikuliert. Weder Rosa Luxemburg noch Franz von Assisi konnten ganz verscharrt werden. Der Vulgärmarxismus siegte nie endgültig über eine offene Marxlektüre, die Bibelverwaltung des Vatikans nie über die Basislektüre in den Gemeinden.

Die Provokation, die bis heute von Religion und Sozialismus ausgeht, hat ihren Grund aber auch im seltsamen Umstand, dass immer wieder von innen heraus Bewegungen entstehen, die sie zurückrufen zu dem, wovon sie einmal ausgingen, was sie selbst einmal waren und woraus ihnen nur eine Daseinsberechtigung erwächst, insofern sie es insgesamt wieder werden: eine Protest-, ja Massenbewegung gegen die Verknächtung der Menschen. Die Rechnung ist noch offen, aber 100 Jahre Geschichte sind gemacht und nicht verschwiegen; vielmehr in den wundervollen Portraits bezeugt ist die Tatsache, dass sie auch massgeblich von Sonderlingen des linken schweizerischen Geisteslebens gestaltet worden ist. Die „Neue Wege“ sind deshalb auch Sonderwege.

Willy Spieler, Stefan Howald, Ruedi Brassel-Moser (Hg.): Für die Freiheit des Wortes. Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus. Theologischer Verlag Zürich, 2009 (440 S., Fr. 48.–)

Max Henninger

Über Marx hinaus!

Zum Sammelband von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden

2007 beschlossen Marcel van der Linden und Karl Heinz Roth, ihre auf unterschiedlichen Wegen erarbeiteten und doch in vielen Punkten konvergierenden Überlegungen zu den Geschichtsprognosen und zur Arbeitswerttheorie von Karl Marx gemeinsam mit befreundeten Theoretikerinnen und Theoretikern zu diskutieren. Daraus entstand ein Buchprojekt¹, das im Herbst 2009 im Sammelband „Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und

Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts“ seinen Abschluss gefunden hat.² Der Band, der der Aufgabe gewidmet ist, „Aktualität und Reichweite“ der Marxschen Theorie „auf der Höhe der Zeit neu auszuloten“, umfasst 18 Beiträge von Autorinnen und Autoren aus Deutschland, England, Frankreich, Indien, Italien und den USA sowie eine umfangreiche Einleitung und ein Nachwort, in dem die

Herausgeber die Ergebnisse der verschiedenen Beiträge resümieren und Ansätze zu einer kritischen Weiterentwicklung des Marxschen Ansatzes formulieren.

In der in der Zeitschrift „Widerspruch“ aufgegriffenen Diskussion um das, was Norman Levine in seinem Überblicksartikel ein „neues Zeitalter der Marx-Interpretation“ genannt hat³, sind Traditionslinien und Kategorien der Kapital-Rezeption bemüht worden, die stark auf den von Jan Hoff, Alexis Petrioli, Ingo Stütze und Frieder Otto Wolf herausgegebenen Sammelband *Das Kapital neu lesen* bezogen sind und den Zugang zu den meisten Beiträgen im Sammelband *Über Marx hinaus* nicht gerade erleichtern dürften.⁴ So bietet etwa die von Norman Levine vorgeschlagene Unterscheidung zwischen ‚logisch-historischen‘ und ‚logisch-systematischen‘ Marx-Interpretationen insofern keinen geeigneten Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit *Über Marx hinaus*, als sie allzu stark an der alten Frage nach der Bedeutung Hegels für die Marxsche Theorie orientiert ist. Diese Problematik wird nur in zweien der in *Über Marx hinaus* enthaltenen Beiträge berührt, nämlich in denen von C. George Caffentzis und Sebastian Gerhardt, wobei in beiden Artikeln andere Fragen im Mittelpunkt stehen.

Eine zweite von Levine ins Spiel gebrachte Unterscheidung, nämlich die zwischen dem ‚esoterischen‘ und dem ‚exoterischen‘ Umgang mit Marx, mag weiterführend sein. Gemeint sind Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie, die diese allein aus ihrer eigenen Begrifflichkeit heraus weiterzuentwickeln versuchen, und solche, die auch Probleme angehen, mit denen sich Marx nicht befasst hat oder nicht befassen konnte, wobei die Verbundenheit zu Marx im zweiten Fall vor allem metho-

discher Natur ist. Wendet man diese Unterscheidung auf den von Roth und van der Linden herausgegebenen Sammelband an, dann wird schnell deutlich, dass die Mehrzahl der in ihm versammelten Beiträge eher dem von Levine als ‚exoterisch‘ bezeichneten Ansatz zuzuschlagen sind. Doch auch mit dieser Feststellung ist der Sammelband nicht angemessen charakterisiert, denn sie suggeriert einen Konsens der Autoren und Autorinnen hinsichtlich der Wünschbarkeit einer Anwendung der Marxschen Methode auf die politischen Probleme der Gegenwart, den es schon deshalb nicht gibt, weil die Herausgeber von Anfang an auch Autorinnen und Autoren an ihrem Projekt beteiligt sehen wollten, die ein Festhalten am Marxschen Ansatz nicht für ergiebig halten. So geht es in vielen Beiträgen nicht so sehr um eine Klärung oder Berichtigung Marxscher Begriffe beziehungsweise um eine Anwendung der Marxschen Methode als vielmehr um die kritische Überprüfung dieser Begriffe und dieser Methode.

Nun hat Frieder Otto Wolf bereits davor gewarnt, bei der Auseinandersetzung mit den in den letzten Jahren neu entwickelten Marx-Interpretationen sich allzu sehr an den von Levine in seinem Systematisierungsversuch gebrauchten Kategorien zu orientieren.⁵ Mit einigen der von Wolf in diesem Zusammenhang formulierten Aussagen, etwa hinsichtlich der Notwendigkeit historischer Untersuchungen konkreter Klassenkämpfe, werden Fragen angesprochen, die für die Herausgeber sowie für die Autorinnen und Autoren von *Über Marx hinaus* von entscheidender Bedeutung sind. Und doch sind auch Differenzen zu Wolfs Positionen zu benennen. Denn eine konsequente Verbindung der Analyse von Klassenkämpfen mit Theoriebildung sucht man in *Das Kapital neu lesen* vergebens,

während sie für eine Vielzahl der Beiträge in *Über Marx hinaus* konstitutiv ist. Das hat mit den unterschiedlichen Traditionen der *Kapital*-Rezeption zu tun, innerhalb derer sich die Herausgeber situieren. Bereits der Titel von *Das Kapital neu lesen* verweist auf die von Louis Althusser in den 1960er Jahren begründete und folgenreiche *Kapital*-Interpretation. In *Über Marx hinaus* wird an keiner Stelle auf Althusser Bezug genommen. Die Traditionslinien dessen, was Roth und van der Linden als den ‚heterodoxen Marxismus‘ des 20. Jahrhunderts bezeichnen, sind ganz andere, etwa der aus der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Verwerfungen des italienischen Nachkriegsbooms entstandene Operaismus und die in vielerlei Hinsicht vergleichbare französische Strömung um die Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie*, aber auch die Sozialgeschichte eines Edward P. Thompson, die in der Bundesrepublik Deutschland u. a. im Umfeld der Zeitschrift *Autonomie* rezipiert wurde (was durchaus auch eine Entscheidung gegen den ‚Strukturalismus‘ von Althusser war, denn Thompson war ja ein erklärter Gegner von dessen theorie-politischer Linie⁶ innerhalb der KPF).

Das Hauptanliegen der Herausgeber von *Über Marx hinaus* ist im Untertitel des Buches formuliert. Die Marxsche Theorie wird mit der Empirie der historischen und aktuellen Arbeitsverhältnisse konfrontiert. Das geschieht in zwei inhaltlichen Schwerpunkten. Die Beiträge der Sektion I gehen von empirisch-historischen Befunden aus und überprüfen deren begriffliche Aufarbeitung durch Marx (teilweise konstatieren sie auch seine Unterlassung einer solchen Aufarbeitung), während in den Beiträgen der Sektion II umgekehrt vorgegangen wird, das heisst, als

Ausgangspunkt dienen dort weniger empirische als begrifflich-methodische Probleme.

Die Sektion I wird durch einen Aufsatz von Peter Linebaugh und Marcus Rediker eröffnet, in dem diese die Ergebnisse ihrer Forschung zu den antikapitalistischen Bewegungen des nordatlantischen Raums im Zeitraum 1600-1835 zusammenfassen und für einen erweiterten Begriff des Proletariats plädieren, der hinter die Genese nationaler Arbeiterklassen zurückgeht, um die vorindustriellen Erfahrungen von Enteignung und unfreier Arbeit, aber auch die aus diesen Erfahrungen gespeisten Widerstandstraditionen sichtbar zu machen. Im Anschluss daran berichtet Niklas Frykman über die im interimperialen Wettstreit des späten 18. Jahrhunderts enorm angestiegene Bedeutung der europäischen Kriegsmarinen und untersucht die damaligen Systeme der Zwangsrekrutierung, die Organisationsformen der Arbeit auf See sowie den Widerstand der maritimen Arbeitskräfte gegen das ihnen aufgezwungene Arbeitsregime. Peter Ways Beitrag geht dem Zusammenhang von Proletarisierung und militärischer Arbeit in der Aufbauphase des britischen Empire nach, wobei Way einerseits an den Marxschen Ausführungen über die ursprüngliche Akkumulation in England ansetzt, andererseits aber auch die teleologische Ausrichtung jener Ausführungen an der Entstehung doppelt freier Lohnarbeit durch eine Rekonstruktion der vielfältigen Übergänge zwischen freier und unfreier Arbeit zu überwinden versucht.

Anschließend schlagen Ferruccio Gambino und Devi Sacchetto in ihrer breitangelegten Untersuchung der Formen, die die teils erzwungene, teils freiwillige Mobilität erst plantagenwirtschaftlicher und dann industrieller

Arbeitskräfte seit dem transatlantischen Sklavenhandel angenommen haben, den Bogen zur Gegenwart. Die letzten Abschnitte ihres Beitrags gelten den Strategien, die Unternehmer seit Henry Ford und bis hin zu den Exportproduktionszonen unserer Tage angewandt haben, um dem Problem des *labor turnover*, also der unter den strapaziösen Arbeitsbedingungen der Industrieproduktion immer wieder sich einstellenden hohen Fluktuation der Arbeitskräfte beizukommen.

Einen zweiten thematischen Block bilden innerhalb der Sektion I die Aufsätze von Sergio Bologna, Subir Sinha und Detlef Hartmann. Bologna rekonstruiert die Entstehungsgeschichte des italienischen Operaismus, wobei es ihm als einem der Hauptexponenten dieser Strömung vor allem auf die von den Operaisten angewandten Methoden und insbesondere auf die Praxis der Arbeiteruntersuchung ankommt. Angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der operaistischen Analysen während der 1970er Jahre konzentriert sich Bologna im zweiten Teil seines Beitrags auf das Problemfeld, das seit einiger Zeit im Mittelpunkt seiner eigenen Untersuchungen steht, nämlich die Entstehung neuer Formen selbständiger Arbeit in den OECD-Ländern. Dabei betont Bologna, dass ihm die Marxschen Kategorien bei der Analyse der ‚neuen Selbständigkeit‘ nicht sonderlich brauchbar scheinen.

Subir Sinha skizziert die Klassenverhältnisse im heutigen Indien und macht dabei auf die Konstitutionsprozesse einer ganzen Reihe von Klassensegmenten aufmerksam, denen weder die Ansätze indischer Marxisten noch die als Alternative zu diesen Ansätzen entwickelten Subaltern Studies gerecht würden. Detlef Hartmann widmet sich ausgehend von seinen Erfahrungen bei der Unterstützung des 2006 aufgenom-

menen Streiks am Düsseldorfer Flughafen den neuen Managementstrategien und setzt diese zur Erschließung des post-maoistischen Chinas durch europäische und amerikanische Investoren sowie zu den in China vermehrt ausbrechenden Revolten in Beziehung. Er plädiert gerade auch angesichts der aktuellen Weltwirtschaftskrise für eine stärkere Historisierung und Kontextualisierung der Marxschen Kategorien, da ansonsten der theoretische Zugang zur ‚revolutionären Subjektivität‘ versperrt bleibe, und verweist auf die in den 1960er Jahren in der Zeitschrift *Quaderni Rossi* geführten Debatten, die in diesem Sinne nach wie vor als Inspiration dienen könnten.

Abgeschlossen wird die Sektion I durch zwei Beiträge, die sich mit Fragen der Reproduktion beschäftigen. Maria Mies stellt den von ihr miterarbeiteten, u. a. aus der kritischen Rezeption von Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie entstandenen Subsistenzansatz vor. Silvia Federici nimmt kritisch auf den in OECD-Ländern seit einigen Jahren grassierenden Diskurs um die Überlastung der sozialen Sicherungssysteme Bezug und zeigt am Beispiel der Altenpflege die Hauptmerkmale einer unter zunehmend prekären Bedingungen geleisteten Reproduktionsarbeit auf. Beide Autorinnen betonen die weitgehende Ausblendung der Reproduktionsproblematik bei Marx, wobei Federici für Politikformen plädiert, in denen diese Ausblendung praktisch überwunden wird.

Die Beiträge der Sektion II sind entsprechend dem Grad ihrer kritischen oder affirmativen Bezugnahme auf Marx angeordnet. Am Anfang stehen zwei Beiträge, die die Verkürzungen und Unterschlagungen der Marxschen Arbeitswerttheorie herausarbeiten, wobei Ahlrich Meyer die Genese dieser

Theorie aus Marxens Weigerung erklärt, die 1848/49 geschichtsträchtig gewordenen Massenforderungen nach einer Garantie des Existenzrechts in die Kritik der politischen Ökonomie einzubeziehen, während ich selbst in meiner kritischen Auseinandersetzung mit den Marxschen Armuts-, Arbeits- und Entwicklungsbegriffen in erster Linie von den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ausgehe. Ich gelange dabei zu der Einschätzung, dass die historischen und aktuellen Reproduktionsbedingungen der Armen, die wechselnden, weitgehend auf der Überausbeutung weiblicher Arbeitskraft beruhenden Kombinationen von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie das Fortdauern der von Marx der Vor- und Frühgeschichte des Kapitalismus zugeschlagenen Zerstörungsprozesse gegen ein Festhalten an den Marxschen Begriffen sprechen.

Thomas Kuczynski enthält sich eines abschließenden Urteils über die Arbeitswerttheorie, geht aber der problematischen Vorstellung vom Kauf der Arbeitskraft durch den Kapitalisten nach und zeigt die Ambiguitäten der Marxschen Darstellung der Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt auf. Sebastian Gerhardt geht es um den Marxschen Freiheitsbegriff, den er angesichts der im *Kapital* zu verzeichnenden Asymmetrie von kommandierender und kommandierter Arbeit für erweiterungsbedürftig hält. Massimiliano Tomba und Riccardo Bellofiore rekonstruieren die Geschichte eines für den italienischen Operaismus charakteristischen Argumentationsmusters, bei dem der Rohentwurf *Grundrisse* als das vermeintlich visionärste Werk Marxens gegen das *Kapital* ausgespielt wird. Sie plädieren für eine vom Hauptwerk *Kapital* ausgehende Lektüre der *Grundrisse*; durch eine solche Lektüre werde die Verschränkung unterschied-

licher Ausbeutungsregimes innerhalb der Weltökonomie begreifbar, und wenig weiterführende Diskussionen um die Gültigkeit des Wertgesetzes ließen sich ebenso vermeiden wie empirisch fragwürdige Behauptungen zur Hegemonie bestimmter Arbeitertypen.

Vom prinzipiell tragfähigen Charakter der Marxschen Theorie überzeugt sind auch Steve Wright und C. George Caffentzis, die sich geldtheoretischen Fragen widmen. Wright rekonstruiert die entsprechenden Diskussionen in der spätoperaistischen Zeitschrift *Primo Maggio*, und Caffentzis sieht in den Währungsturbulenzen der frühen 1970er Jahre eine Herausforderung für die Marxsche Bestimmung des Goldes als Geldware, die aber nicht auf eine Widerlegung des Marxschen Gesamtansatzes hinauslaufen müsse. Auch Ben Diettrich rät von der Verabschiedung der Marxschen Theorie ab, hält sie aber für ergänzungsbedürftig, und zwar vor allem im Bereich der Klassenanalyse. Die Sozialstruktur der arbeitenden Bevölkerung müsse gründlicher analysiert werden, als es in der marxistischen Tradition meist geschehen sei, um die vielfältigen Tendenzen zur Klassenformierung und Klassenfragmentierung erkennbar und empirisch erforschbar zu machen.

Abgeschlossen wird die Sektion II durch einen Aufsatz Carlo Vercellones, den dieser in enger Absprache mit Antonio Negri verfasst hat. Vercellone erläutert die postoperaistische These hinsichtlich einer neuen Hegemonie kognitiver Arbeitsformen. Er beschreibt die in den OECD-Ländern zu verzeichnende Entstehung einer *knowledge-based economy*; diese gründe auf Arbeitsformen, in denen die für die tayloristischen Großbetriebe der 1960er Jahre konstitutive Trennung von konzeptioneller und ausführender

Arbeit aufgehoben sei. Mit diesem Trend sei bereits früh eine Neuordnung des Finanzsektors einhergegangen, der sich als Transformation des Profits in Rente beschreiben lasse. Beides sei durchaus mit Marxschen Kategorien zu begreifen. Dem von Vercellone vertretenen Ansatz stehen teils sehr kritische Äußerungen zum Postoperaismus in anderen Beiträgen gegenüber.

Der Sammelband zeichnet sich insgesamt durch die Pluralität, teilweise auch durch die erklärte Gegensätzlichkeit der in ihm vertretenen Positionen aus. Das verleiht diesem Band eine einzigartige Spannung, die enorm anregend ist. Wenn auch das Urteil hinsichtlich der Tragfähigkeit der Marx-

schen Theorie überwiegend negativ ausfällt, so haben Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden dennoch nicht auf den Versuch verzichtet, ausgehend von den Kritiken der Autorinnen und Autoren erste Eckpunkte dessen zu entwerfen, was sie eine ‚dynamische Arbeitswerttheorie‘ nennen und als Weiterentwicklung des Marxschen Ansatzes verstanden wissen wollen. Diese Eckpunkte bauen auf dem in *Über Marx hinaus* vorliegenden Erkenntnismaterial auf und geben den Leserinnen und Lesern konzeptionelle Instrumente zum besseren Verständnis der Dynamik jenes kapitalistischen Prozesses an die Hand, dessen globale krisenhafte Zuspitzung wir aktuell erleben.⁷

Anmerkungen

- 1 Der Verfasser ist Mitautor des präsentierten Buches und war von Anfang an intensiv an dessen Konzeption und Gestaltung beteiligt. Es geht hier vor allem darum, diesen Sammelband in der aktuellen *Kapital*-Debatte zu verorten und die Beiträge kurz vorzustellen.
- 2 Marcel van der Linden u. Karl Heinz Roth (Hg.), unter Mitarbeit von Max Henninger: *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*. Berlin u. Hamburg 2009.
- 3 Norman Levine: Ein neues Zeitalter der Marx-Interpretation. In: *Widerspruch* Heft 53 / 2007, S. 183-192.
- 4 Jan Hoff, Alexis Petrioli, Ingo Stütze, Frieder Otto Wolf (Hg.): *Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie*. Münster 2006.
- 5 Frieder Otto Wolf: *Kapital-Lektüren und Herrschaftskritik. Eine Nachbemerkung zu Norman Levine*. In: *Widerspruch* Heft 53 / 2007, S. 193-196.
- 6 Vgl. hierzu Edward P. Thompson: *Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung*. Frankfurt / M. 1980.
- 7 Vgl. dazu auch Karl Heinz Roth: *Die globale Krise. Bd. 1 des Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven“*. Hamburg 2009.

Jan Hoff: Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965. Akademie Verlag, Berlin 2009 (345 S., Fr. 81.80)

Mit der weltweiten Krise fanden nicht zufällig vermehrt Besprechungen von Studien zur Marxschen Ökonomiekritik den Weg ins Feuilleton. Fast scheint es so: Droht der Kollaps des Kapitalismus, werden auch all die Theorien an die Oberfläche des wirtschaftswissenschaftlichen Diskurses gespült, die Krisen als eine notwendige Konsequenz dieser auf Profit ausgerichteten Wirtschaftsweise thematisieren. Dass schon länger ein ernsthaftes Interesse an Marx besteht, zeigt sich daran, dass inzwischen einige Arbeiten zu abgebrochenen und dissidenten Traditionen des Marxismus vorliegen, solche also, die nicht mehr die Marxsche Theorie aneignen, sondern bereits die unterschiedlichen Rezeptionsansätze, Aneignungsweisen und Debatten zum Thema haben. So auch das Buch von Jan Hoff: *Marx global*.

Der Titel ist Programm. Hoff nimmt sich nicht wenig vor, nämlich den internationalen Marx-Diskurs seit 1965 zu rekonstruieren. Nicht ohne Grund: „Im scheinbaren Gegensatz zur beinahe globalen Entwicklung der an Marx anknüpfenden Theoriebildung blieb ein theoretischer Provinzialismus in der Geschichte des von Marx inspirierten Denkens ein bedauerliches Traditionsmerkmal der Theorierezeption.“ (S. 14)

Ausgangspunkt ist die Phase der Entstalinisierung, auf die ab 1953 sehr langsam, dann aber gegen Ende der 1960er Jahre eine globale Welle von Emanzipationsbewegungen und Revolten folgte. Der theoretische Stalinismus dominierte in Westdeutschland bis weit in die 60er Jahre den Diskursraum über Marx, in den realsozialistischen Ländern weit länger. Er war damit aber

zugleich Ausgangs- und Reibungspunkt einer neuen, über Strecken dissidenten Marx-Lektüre – nicht nur außerhalb der Sowjetunion. Hoff zeichnet kenntnisreich und belesen einen Überblick vor allem der Kapital-Rezeption und bezieht Japan, weitere ostasiatische Länder, die Sowjetunion, die DDR und andere Länder des Ostblocks in seine Darstellung ein. Ebenso berücksichtigt er die Debatten in Italien, Frankreich, Lateinamerika und Spanien sowie der angelsächsischen Welt.

Die Überwindung des von Hoff kritisierten Provinzialismus, der ausschliesslich die deutschsprachigen Beiträge zu einer neuen Marx-Lektüre zur Kenntnis nimmt, hat notwendigerweise zur Folge, dass die Darstellung der Debatten nicht ausladend sein kann. Wohl auch deshalb hat sich Hoff entschieden, eine Vertiefung an zentralen Diskursen der Kapital-Interpretation in den genannten Ländern vorzunehmen. Nach einem ersten Überblick legt er den Fokus auf den Zeitraum 1980er Jahre bis heute und widmet sich den jeweiligen Debatten zum Gegenstandsverständnis der Kritik der politischen Ökonomie, zum Verhältnis von Forschung und Darstellung, zu den Planentwürfen sowie zur Krisentheorie. Hoff geht es darum, die wichtigsten Erkenntnisse vorzustellen. Das gelingt ihm, weil er sich nicht nur in den Debatten auskennt, sondern auch mit Marx selbst sehr gut vertraut ist und durchgehend alle relevanten Textpassagen aus der kritischen Gesamtausgabe (MEGA²) heranzieht.

Vor allem die ersten drei von Hoff vertieften Aspekte hängen eng miteinander zusammen, was seine Fokussierung plausibel und im Resultat auch lehrreich macht. Hoff arbeitet in seiner Analyse kurz Marxens Gegenstandsverständnis heraus, das ihm zufolge eng mit der Problematik des Warenfeti-

schismus verknüpft ist – eine Akzentsetzung, die im Gegensatz zum traditionellen Marx-Verständnis steht. Wie Hoff vor allem anhand der japanischen, deutschen und angelsächsischen Debatte zeigt, ist Marx' Verständnis von Engels logisch-historischer Auslegung zu unterscheiden. Auch spielt für das Verständnis des Gegenstandes des „Kapitals“ seit den 1970er Jahren in fast allen Ländern der kategoriale Zusammenhang von Ware-Wert-Geld eine zunehmend herausragende Rolle.

In diesen Debatten wird in vielen Ländern auch das Problem diskutiert, welche Fragen bei Marx dem Gegenstandsbereich des „Kapitals“ zuzuordnen sind, welche nicht. Marx selbst änderte in seinen Forschungen die Vorstellungen darüber, wie der Stoff in Griff zu kriegen sei (sehr gut und knapp skizziert in MEGA² II.15: 1042f.). Ein großes Verdienst von Hoff ist, dass er bei dieser Frage und vor allem bei der Debatte um die von Marx selbst immer wieder veränderten Planentwürfe die DDR-Forschung einbezieht und sie vorstellt. Die internationale Debatte verfolgt Hoff entlang bekannter Fragen nach dem „Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten“ und nach dem theoretischen Verhältnis von Marx zu Hegel. Wie auch der Frage: Was bedeutet der Terminus „Kapital im allgemeinen“ für die Diskussion der Planentwürfe?

Sicherlich ist die Diskussion über die Notwendigkeit und Gründe von Krisen gegenwärtig das interessanteste Thema. Ausgangspunkt für Hoff's Darstellung ist Marx' Kritik am sogenannten Saisons Theorem, dass also ein Angebot immer eine Nachfrage findet, einer Vorstellung, der auch Ricardo folgte. Marx' grundsätzliche Kritik daran fällt nahezu mit einer Kritik prämonetärer Werttheorie zusammen: Die Politische Ökonomie würde ihre Theorie bereits so konstruieren, dass der

Theorie nach gar keine Krisen möglich sind, da Geld keine konstitutive Rolle für Produktion und Tausch spielt.

Vor allem für die sogenannte Uno-Schule (Japan) war die Krisentheorie eines der bedeutendsten Theoriefelder. Den Abschnitt beschließt Hoff mit dem Hinweis darauf, dass Marx zufolge der Weltmarkt „die Basis der kapitalistischen Produktionsweise“ sei, nimmt so nochmals die Plandiskussion auf und korrigiert zudem einen Aspekt des vorherrschenden (Miss-)Verständnisses. Gegen Ende seines Lebens ging Marx nämlich keineswegs von einem Zusammenbruch des Kapitalismus aus, sondern forderte dazu auf, Krisen und Zyklen genauer zu beobachten, um daraus theoretische Schlüsse ziehen zu können. Marx macht in der Lösung der Darstellungsproblematik auch deshalb nur langsam Fortschritte, weil er immer zugleich weiterforschte.

Auffallend ist, dass Japan eine besondere Rolle in der Diskussion einnimmt. Hier wurde das Kapital zwar erst Anfang der 1920er Jahre übersetzt, aber schon bald setzte eine profunde Diskussion ein, die auch auf Austausch mit westlichen WissenschaftlerInnen fußte. Die wichtigsten Namen sind hier Kozo Uno, dessen Name bereits eine Strömung bezeichnet (Uno-Schule). Uno strebte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg an, das „Kapital“ neu zu schreiben und dabei strikt die unterschiedlichen Abstraktionsebenen zu differenzieren. Dieses Projekt hatte nicht nur eine methodologische Selbstverständigung zur Folge, sondern leistete einen bedeutenden Beitrag zur Entstalinisierung in Japan. Zur Uno-Schule zählen u.a. Thomas Sekine und Makoto Itoh. Letzterer publizierte erst von einigen Jahren ein wichtiges Buch zu Finanzmärkten. Diese Schriften sind vor allem deshalb bekannt, weil sie auch auf Englisch erschienen sind.

Damit wäre auch eine Frage angeschnitten, die Hoff kaum thematisiert, die sich aber aufdrängt: die Sprache und die Rolle des Englischen, aber auch des Deutschen in den Debatten übers „Kapital“. Viele Theoretiker – meist sind es Männer –, die Hoff Ländern wie Korea oder Griechenland zuordnet, haben eine Weile in Deutschland studiert und sind der Sprache daher mächtig; teilweise liegen ihre Arbeiten auf Deutsch vor. Das ist nachvollziehbar, schließlich publizierte und schrieb Marx vornehmlich in Deutsch. Was aber bedeutet das für eine internationale und wissenschaftliche Debatte, die sich vor allem des Englischen bedient? Das spricht Hoff kurz an, wenn er eine relative Abschottung der angelsächsischen Debatte konstatiert – obwohl sie in der

herrschenden Wissenschaftssprache geführt wird.

Diese relative Selbständigkeit sprachlicher Wissenschaftsmilieus zeigt sich beispielsweise bei der Frage nach dem Einfluss von Hegels „Wissenschaft der Logik“ auf die Marxsche Darstellungsmethode, die seit Anfang der 1960er in Deutschland sehr kontrovers diskutiert wird, aber in England nicht zur Kenntnis genommen wurde. So wiederholt sich im angelsächsischen Sprachraum eine Debatte nahezu vierzig Jahre später – ganz so, als hätte sie noch nie stattgefunden. Wer im deutschsprachigen Raum die Nabelschau in der Debatte zu den neuen Kapital-Lektüren überwinden will, kommt um Hoffs Buch nicht herum.

Ingo Stützle

Politische Demaskierung Nietzsches



Im Auftrag des InkriT hgg. von Jan Rehmann
 Berliner Beiträge zur kritischen Theorie
 2 Bd., 1104 S., gebunden m. Schutzumschlag
 ISBN 978-3-88619-338-7 · € 98,00

»Eine Meisterleistung, eine wissenschaftliche Errungenschaft, Standardwerk der europäischen Geistesgeschichte. In der Tat wird künftig niemand, der sich mit der politischen Dimension des Nietzsche'schen Denkens befasst, an diesem Buch vorbeikommen. Es setzt neue Maßstäbe.« *Moshe Zuckermann, junge Welt*

»Ein neues Nietzsche-Bild, hart an den Quellen: Losurdo liest den Philophen konsequent politisch. Es gibt nicht viele Bücher über Nietzsche, aus denen man so viel lernen kann wie aus diesem. Losurdo hat der europäischen Nietzsche-Gemeinde einen massiven Stein in den Vorgarten geworfen. Es wird vergnüglich sein zu sehen, wie man sich an ihm zu schaffen macht.« *Kurt Flasch, FAZ*

Argument Verlag · verlag@argument.de · www.argument.de